

Hannover, den 07.05.2014

Mündliche Anfragen gemäß § 47 der Geschäftsordnung des Niedersächsischen Landtages

1. Abgeordnete Jörg Bode, Christian Grascha, Dr. Marco Genthe und Horst Kortlang (FDP)

Kann die Landesregierung den Countdown zur Abgabe ihres Multifondsprogramms (EFRE + ESF) trotz „Raubernennung“ und personellen Wechsels bis zum 25. Mai einhalten?

Die Ausführungen sowohl von Ministerpräsident Weil zur Dringlichen Anfrage „Wie weit ist die Landesregierung bei der Erarbeitung des gemeinsamen Operationellen Programms für den EFRE und den ESF?“ im März-Plenum als auch von Frau „Sonderstaatssekretärin“ Honé „Wir haben aber keine Probleme mit Brüssel“ (*HAZ* vom 26. März 2014) geben Anlass zur Besorgnis.

Einerseits heißt es, dass die Landesregierung Verzögerungen nicht zu verantworten habe - die Gründe hierfür lägen jenseits von Niedersachsen, aber die Landesregierung unternehme „erhebliche Kraftanstrengungen, um die eingetretenen Verzögerungen wieder auszugleichen“ (Drucksache 17/1390). Andererseits sind Verzögerungen auch gar nicht erkennbar (Plenarprotokoll vom 27. März 2014, Seite 2912), denn die Operationellen Programme werden angeblich unter Hochdruck, aber letztlich fristgerecht aufgestellt. Begleitet wird die Aufstellung des Multifondsprogramms von einer schlagzeilenträchtigen Personalpolitik, gemeint ist u. a. die Versetzung von Ministerialrat Eberhard Franz, und Kostenexplosionen im Bereich der Regionalpolitik (*rundblick* vom 13. März 2014).

Weil sich die Staatskanzlei zumindest aber eine weitere Verzögerung bei der Ernennung der Landesbeauftragten nicht leisten wollte, wurde Matthias Wunderling-Weilbier ohne die Aufteilung seiner Versorgungsansprüche zum B-6-Beamten ernannt. Ministerpräsident Weil vollzog die „Raubernennung“ „nach sorgfältiger Abwägung“ (*Die Welt* vom 14. April 2014) und nach intensiver Beratung durch den Chef der Staatskanzlei, Dr. Jörg Mielke, und Frau „Sonderstaatssekretärin“ Birgit Honé (*Oldenburgische Volkszeitung* vom 10. April 2014). Die Beratung zur „Raubernennung“ kostet die Landeskasse rund 180 000 Euro, was den Betroffenen Wunderling-Weilbier immerhin zur Aussage verleitete: „Wir haben andere Probleme. Am Ende zahlt der Steuerzahler die Versorgungsbezüge - linke Tasche, rechte Tasche“ (*Braunschweiger Zeitung* vom 28. April 2014).

Nach heutigem Stand sind es nun nur noch wenige Tage, bis die Programmentwürfe verabschiedet und eingereicht werden müssen. In diesem Zusammenhang arbeitet die Landesregierung auch an einem Operationellen Programm für Südniedersachsen. Gemäß den Ausführungen von Ministerpräsident Weil ist es „... in sehr enger Abstimmung mit den regionalen Partnern, den Kommunen, aber insbesondere mit den Akteuren in der Wirtschaft zu machen. Dieser Prozess beginnt jetzt“ (Plenarprotokoll vom 27. März 2014, Seite 2913). Die EU-Kommission soll angeblich, allerdings nur in informellen Gesprächen, „Verständnis“ (Plenarprotokoll vom 27. März 2014, Seite 2912) hierfür geäußert haben.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie ist der Stand bei der Erarbeitung des Multifondsprogramms, und kann die Landesregierung ihr „OP Südniedersachsen“ - das sogenannte „Südniedersachsenprogramm“ - frist- und formgerecht bis zum 25. Mai 2014 einreichen?
2. Was meint Ministerpräsident Weil, wenn er vom Verständnis der EU-Kommission „für unser Vorhaben“ bezüglich des Südniedersachsenprogramms im Rahmen mehrere informeller Vorgespräche spricht?

3. Wie konnte es zur kostspieligen „Raubernennung“ von Matthias Wunderling-Weilbier kommen?
2. Abgeordnete Thomas Adasch, Rudolf Götz, Klaus Krumfuß, Angelika Jahns und Johann-Heinrich Ahlers (CDU)

Steht die Landesregierung hinter den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten der Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit der Bereitschaftspolizei in Göttingen?

Am 10. April 2014 unterstützte die Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit (BFE) der Bereitschaftspolizei in Göttingen das Ausländeramt der Stadt Göttingen bei der Abschiebung eines 30-jährigen Flüchtlings aus Somalia nach Italien. Die Abschiebung war dem Flüchtling nach Aussage des zuständigen Ordnungsdezernenten der Stadt Göttingen und Oberbürgermeisterkandidaten der Grünen, Siegfried Lieske, im *Göttinger Tageblatt (GT)* vom 12. April 2014 zuvor angekündigt worden. Laut *GT* sieht Lieske den Fall des somalischen Flüchtlings als eine Rückführung in einen „sicheren Rechtsstaat, nämlich nach Italien.“

Die Abschiebung sei von ca. 50 Aktivistinnen und Aktivisten der linken Szene trotz der Unterstützung durch die BFE verhindert worden, wie das *GT* am 11 April 2014 berichtete. Bei der Abschiebung soll es demnach zu zahlreichen Verletzungen von Polizisten und Mitgliedern der linken Szene gekommen sein. Die Grüne Jugend Göttingen schildert den Einsatz in einer Pressemitteilung vom 10. April 2014 als brutal, verängstigend und vollkommen skrupellos. Die Polizei wies diese Vorwürfe zurück.

Die Grüne Jugend Göttingen veröffentlichte auf ihrer Internetseite ein Dossier zur BFE Göttingen und fordert in einem offenen Brief die Abschaffung der BFE in Göttingen. Unterstützt wird diese Forderung mit Stand vom 29. April 2014 u. a. von der Grünen Jugend Niedersachsen, den Stadt- und Kreistagsfraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und der Linken, der Juso Hochschulgruppe und den Jusos Göttingen.

Die *tageszeitung (taz)* vom 29. April 2014 berichtete über diesen offenen Brief („Misstrauensvotum gegen Polizei“). Das Innenministerium hat laut diesem Bericht Presseanfragen hierzu an die Zentrale Polizeidirektion in Hannover verwiesen, welche Überlegungen zur Abschaffung der BFE in Göttingen verneinte.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Steht die Landesregierung hinter den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten der BFE in Göttingen?
2. Warum weist der Innenminister die Vorwürfe gegen die BFE in Göttingen, die von Mitgliedern der Parteien, die die Landesregierung tragen, erhoben werden, nicht zurück?
3. Wie bewertet die Landesregierung die Notwendigkeit einer BFE am Standort Göttingen, und plant die Landesregierung, diese abzuschaffen?
3. Abgeordnete Markus Brinkmann, Frank Henning, Maximilian Schmidt, Holger Heymann, Detlef Tanke, Renate Geuter (SPD)

Übernahme von Versorgungslasten durch das Land Niedersachsen bei Versetzungen aus dem kommunalen Bereich

Am 10. April 2014 informierte die Pressestelle der Staatskanzlei die Mitglieder der Landespressekonferenz schriftlich in der Angelegenheit der Versorgungslastenteilung des Braunschweiger Landesbeauftragten Matthias Wunderling-Weilbier. In diesem Schreiben wird geschildert, wie - im Allgemeinen - eine Kommune einem Dienstherrnwechsel zustimmen muss und dass es erst in dessen Folge zu einer Teilung von Versorgungslasten zwischen dem Land und einer Kommune kommen kann. Darüber hinaus werden in dieser Presseinformation - im Speziellen - die Umstände geschildert, die mit der Nichtzustimmung des Landkreises Helmstedt zum Dienstherrnwechsel und damit der Versorgungslastenteilung des ehemaligen Landrates Wunderling-Weilbier zu tun haben.

Vor Inkrafttreten des Versorgungslastenteilungsstaatsvertrages zum 1. Januar 2011 (als Folge der Föderalismusreform I) gab es eine Versorgungslastenteilung auf der Grundlage des Beamtenversorgungsgesetzes in Form eines Erstattungsmodells. Auch zu dieser Zeit hat es Vorgänge im Land Niedersachsen gegeben, bei denen eine Versorgungslastenteilung nicht zustande gekommen ist.

Ich frage die Landesregierung:

1. In welchen Fällen seit dem Jahr 2003 wurde bei einem Dienstherrnwechsel im Rahmen der Ernennung von Staatssekretärinnen und Staatssekretären die Zustimmung einer betroffenen Kommune zum Dienstherrnwechsel nicht erteilt?
2. Welche konkreten Versorgungslasten sind durch diese Fälle dem Land übertragen worden?
3. Welche Versuche hat die Landesverwaltung in diesen Fällen unternommen, um die Zustimmung zum Dienstherrnwechsel von den jeweiligen Kommunen zu bekommen?

4. Abgeordnete Filiz Polat, Maaret Westphely, Thomas Schremmer und Belit Onay (GRÜNE)

Diskriminierung am Ausbildungsmarkt

Mit der kürzlich veröffentlichten Studie „Diskriminierung am Ausbildungsmarkt - Ausmaß, Ursachen und Handlungsperspektiven“ belegt der Forschungsbereich beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration, dass es bei der Bewerberinnen- und Bewerberauswahl am Ausbildungsmarkt zu Diskriminierung seitens der Betriebe kommt.

Demnach seien beim Zugang zur Ausbildung die Chancen von Anfang an ungleich verteilt: Schülerinnen und Schüler mit einem türkischen Namen hätten auch bei gleichen Noten und gleicher Eignung deutlich schlechtere Aussichten, zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen zu werden als Schülerinnen und Schüler mit einem deutschen Namen.

Darüber hinaus sei die Diskriminierung je nach Branche und Unternehmensgröße unterschiedlich stark ausgeprägt. Die Diskriminierungsrate sei bei kleinen Unternehmen mit weniger als sechs Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern demnach deutlich höher als bei mittleren und großen Unternehmen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Studie „Diskriminierung am Ausbildungsmarkt - Ausmaß, Ursachen und Handlungsperspektiven“?
2. Liegen der Landesregierung eigene Erkenntnisse bezüglich der Diskriminierung von Auszubildenden mit ausländischem Namen vor?
3. Gibt es Pläne seitens der Landesregierung, die in der Studie bekannt gewordenen Probleme von Auszubildenden mit ausländischen Namen zu beseitigen, und wie sehen diese Pläne aus?

5. Abgeordnete Hermann Grupe, Dr. Marco Genthe, Christian Grascha, Dr. Stefan Birkner und Björn Försterling (FDP)

Neue Gebührenordnung - Gefahr für den Mittelstand und das Handwerk?

Die Landesregierung plant derzeit eine neue Verordnung über Gebühren für den Verbraucherschutz und die Veterinärverwaltung und zur Änderung der Allgemeinen Gebührenordnung. Intention der Gebührenordnung ist es, Lebensmittelbetriebe an den Kosten der Aufklärung der wiederkehrenden Skandale zu beteiligen.

In dem Entwurf, der verschiedenen Interessensvertretern zur Stellungnahme zugegangen ist, werden anlasslose Gebühren, die teilweise erheblich über den eigentlichen Kontrollkosten liegen, eingeführt. Nach Meinung des Fleischereiverbandes treffen die Gebühren für die anlasslosen Kontrollen gerade auch die kleineren und mittleren Unternehmen, da die vorgesehenen Ausnahmen als wirkungslos gesehen werden.

Die Landesvertretung der Handwerkskammern Niedersachsen unterstellt gar die Rechtswidrigkeit der Verordnung. Diese verstoße gegen § 1 Abs. 1 Niedersächsisches Verwaltungskostengesetz, in dem klar formuliert wird, dass Anlass bestehen muss, um Gebühren zu erheben. Als Anlass könne auch nicht eine generelle Unterstellung, Fleischerei- und Bäckereibetriebe würden grundsätzlich ein Risiko für den Verbraucher darstellen, herhalten.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die rechtliche Einschätzung der Landesvertretung der Handwerkskammern Niedersachsen bezüglich der Unvereinbarkeit der neuen Verordnung mit dem Verwaltungskostengesetz?
 2. Durch welchen Anlass begründet die Landesregierung die Novellierung der Verordnung über Gebühren für den Verbraucherschutz und die Veterinärverwaltung und zur Änderung der Allgemeinen Gebührenordnung und die darin geplante Gebührenfinanzierung der Kontrollen?
 3. Wie viele zu kontrollierende Betriebe in Niedersachsen haben einen Jahresumsatz von unter 250 000 Euro, unter 500 000 Euro sowie unter 1 000 000 Euro (bitte nach Branchen aufschlüsseln)?
6. Abgeordnete Dirk Toepffer und Jens Nacke (CDU)

Tag der Deutschen Einheit in Hannover - „Vereint in Vielfalt“?

Am 6. März 2014 hat der Ministerpräsident im Rahmen einer Pressekonferenz in Hannover das Konzept für die zentralen Feierlichkeiten zum „Tag der Deutschen Einheit 2014“ vorgestellt.

Das diesjährige Fest soll unter dem Motto stehen „Vereint in Vielfalt“. Nach den Worten von Ministerpräsident Stephan Weil knüpfe die Landesregierung damit an ein Motto des hannoverschen Universalgelehrten Gottfried Wilhelm Leibniz an, dessen Maxime „Einheit in der Vielheit“ lautete. Dies hätte man jetzt leicht abgewandelt.

Laut Pressebericht der *Hannoverschen Allgemeine Zeitung* vom 7. März 2014 stehe nicht die Rolle der DDR-Bürgerbewegung und ihrer Anliegen im Mittelpunkt der Feier, sondern die Tatsache, dass in Deutschland viele Menschen aus unterschiedlichen Kulturen lebten.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung den Umstand, dass das Motto des diesjährigen Nationalfeiertages „Vereint in Vielfalt“ vor allem im transkulturellen Kontext Verwendung findet, wie beispielsweise auch beim alljährlichen „Fest der Kulturen“, zu dem der frühere hannoversche Oberbürgermeister Stephan Weil in den Jahren 2010, 2011 und 2012 jeweils ins hannoversche Rathaus eingeladen hatte?
2. Wie will die Landesregierung als Gastgeber des diesjährigen Tages der Deutschen Einheit sicherstellen, dass die Rolle der DDR-Bürgerrechtsbewegung beim Fest- und Rahmenprogramm angemessen gewürdigt wird?
3. Wie bewertet die Landesregierung den expliziten Verweis des Ministerpräsidenten auf Leibniz in Kenntnis der Tatsache, dass die feststehende Begrifflichkeit „Einheit in der Vielfalt“ auf ein präzises theologisches Konzept von Nikolaus von Kues aus dem 15. Jahrhundert zurückgeht, die durch den Ministerpräsidenten bemühte Maxime von Leibniz „Einheit in der Vielheit“ (lat.: „Unitas in multitudine“) aus dem späten 17. Jahrhundert hingegen ein mathematisches Prinzip beschreibt?

7. Abgeordnete Renate Geuter (SPD)

Novellierung der Düngeverordnung - Welche Maßnahmen hält die Landesregierung im Hinblick auf die Einhaltung der EU-Nitratrictlinie und der EU-Wasserrahmenrichtlinie für erforderlich?

Zentrale, mit der Düngegesetzgebung verfolgte Umweltziele im Agrarbereich Deutschlands werden nach wie vor nicht erreicht, auch wenn es in den letzten 20 Jahren durchaus Fortschritte gegeben hat. Das haben vor einigen Monaten sowohl der wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik als auch der wissenschaftliche Beirat für Düngungsfragen bei der Bundesregierung festgestellt.

Darunter leidet nicht nur die Qualität der Oberflächen- und Grundgewässer, auch die biologische Vielfalt wird durch die Art und Weise der Düngung deutlich beeinträchtigt, so die Gutachter.

Das zentrale Steuerungsinstrument zur Sicherstellung einer guten fachlichen Praxis der Düngung und der Reduktion von Nährstoffüberschüssen aus der Landwirtschaft ist die Düngeverordnung. Die Düngeverordnung ist auch das zentrale Element des Aktionsprogramms Deutschlands zu Vorgaben der Erfüllung der EU-Nitratrictlinie.

Deutschland hat die Düngeverordnung im Jahr 2012 durch eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe evaluieren lassen, die eindeutigen Änderungsbedarf festgestellt hat. Auch die EU-Kommission hält die bisherigen Änderungen für nicht ausreichend und droht mit Maßnahmen wegen Nichteinhaltung der EU-Nitratrictlinie.

Das Bundeslandwirtschaftsministerium hat inzwischen einen Arbeitsentwurf für eine Novellierung der Düngeverordnung vorgelegt und plant den Abschluss dieser Neuregelung für Ende 2014.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung den vorliegenden Arbeitsentwurf, und in welcher Form und mit welchen inhaltlichen Schwerpunkten wird sie sich in den weiteren Verfahrensablauf einbringen?
2. Teilt die Landesregierung die Einschätzung der EU-Kommission, dass die Höchstmenge von 170 kg Stickstoff pro Hektar einzuhalten ist unter Einbeziehung aller organischen Düngemittel einschließlich der Gärückstände, oder hält sie eine Veränderung der Höchstgrenzen für möglich und, wenn ja, unter welchen Voraussetzungen?
3. Inwiefern sollte nach Meinung der Landesregierung die im Düngegesetz geregelte Definition der Düngung nach guter fachlicher Praxis so geregelt werden, dass alle in § 1 genannten Ziele erreicht werden können, also auch die Vorbeugung vor oder Abwendung von Gefahren für den Natur- und Wasserhaushalt?

8. Abgeordnete Meta Janssen-Kucz, Maaret Westphely, Helge Limburg (GRÜNE)

Aktivitäten der „Aktionsgruppe Gifhorn“

Der Ostermarsch in Gifhorn wurde von einer größeren Gruppe Neonazis gestört. In einem TV-Beitrag des NDR im Magazin „Hallo Niedersachsen“ über den Ostermarsch in Gifhorn war zu sehen, wie die Neonazis in Begleitung der Polizei durch die Innenstadt gehen und dabei rechtsextreme Parolen rufen.

Ein erheblicher Teil der Störer ist vermutlich der neonazistischen Aktionsgruppe Gifhorn zuzuordnen, die in der Vergangenheit zu unterschiedlichen Anlässen und mit eigenen Aktionen in Erscheinung getreten ist, u. a. bei einer Tierschutzdemonstration am 1. Dezember 2013 in Gifhorn mit dem Banner „Tierschutz seit 1933 - AG Gifhorn“.

Laut Einschätzung der Polizeiinspektion Gifhorn im *Isenhagener Kreisblatt* vom 25. Januar 2012 gibt es in Gifhorn keine organisierte Gruppe aus dem Nazispektrum.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Liegen der Landesregierung Erkenntnisse zur „Aktionsgruppe Gifhorn“ vor (insbesondere zu Strukturen, Anzahl der zugerechneten Mitglieder, Aktionsformen, regionaler-, landes- und bundesweiter Vernetzung, Verbindungen zu Parteistrukturen von NPD und Die Rechte, einschlägigen Vorstrafen von Gruppenmitgliedern), und wie hat sich die Situation vor Ort seit 2012 entwickelt?
2. Welche Maßnahmen hat die Polizei gegen die Störer des Gifhorer Ostermarsches eingeleitet, aus welchen Orten kamen die Störer, und von wie vielen Personen wurden Personalien aufgenommen?
3. Welche präventiven und polizeilichen Aktivitäten finden in diesem Zusammenhang vor Ort statt, und welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, um in der Region stärker gegen demokratie- und menschenfeindliche Bestrebungen vorzugehen?

9. Abgeordnete Petra Joumaah (CDU)

Keine Diskriminierung im Bewerbungsverfahren - Geht die Landesregierung mit gutem Beispiel voran?

Der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration hat am 26. März 2014 eine Studie vorgestellt, wonach Bewerberinnen und Bewerber mit türkischem Namen bei sonst gleichen Bewerbungsschreiben und -voraussetzungen seltener zu Vorstellungsgesprächen eingeladen würden als Bewerberinnen und Bewerber mit deutschem Namen.

Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Aydan Özoguz, nahm diese Studie zum Anlass, auch die Personalentscheider in öffentlichen Verwaltungen aufzurufen, sich selbst zu überprüfen, ob sie frei von Vorurteilen bei der Besetzung von Ausbildungsstellen seien.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die Ergebnisse der Studie, und sieht sie Handlungsbedarf im Hinblick auf die aktuelle Praxis bei Bewerbungsverfahren für Ausbildungsplätze in der Landesverwaltung?
2. Falls die Landesregierung Handlungsbedarf sieht, was beabsichtigt sie zu tun?
3. Sieht die Landesregierung Bedarf für eine gleich angelegte Studie, bei der statt türkischer Namen andere ausländisch klingende - z. B. englische, schwedische oder französische - Namen verwendet werden und, falls nein, weshalb nicht?

10. Abgeordnete Meta Janssen-Kucz, Ina Korter, Volker Bajus (GRÜNE)

Sicherheit der niedersächsischen Kavernenspeicher

Durch eine erste Öllache wurde am 12. April im münsterländischen Gronau ein Austritt von Erdöl entdeckt. Betroffen sind landwirtschaftliche Flächen sowie ein Naturschutzgebiet, auch das Grundwasser ist beeinträchtigt. Das Erdöl stammt vermutlich aus Salzkavernen in Gronau-Epe, in denen Rohöl u. a. für die strategische Erdölreserve gelagert wird.

Ersten Schätzungen zufolge sind über 150 000 l Rohöl ausgetreten. Das Leck konnte jedoch noch nicht geortet werden. Ein erheblicher Druckabfall in einer der Kavernen sei bereits Ende Februar festgestellt worden, berichtete die Wochenzeitung *der Freitag* in ihrer Ausgabe vom 16. April.

Auch in Niedersachsen lagern in erheblichem Umfang Erdölvorräte in unterirdischen Salzkavernen. Unter anderem in Etzel in der ostfriesischen Gemeinde Friedeburg, wo Ende November 2013 aufgrund eines undichten oberirdischen Ventils rund 40 000 l Öl ausgetreten sind.

Auch in Niedersachsen wird für die nationale Erdölreserve Rohöl in Kavernenspeichern gelagert.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Sind Vorfälle bekannt, bei denen in Niedersachsen Erdöl aus unterirdischen Leckagen an Kavernenspeichern bzw. Rohrleitungen ausgetreten ist?
2. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung über die Ursache des Ölaustritts in Gronau-Epe vor?
3. Welche Maßnahmen planen die niedersächsischen Aufsichtsbehörden vor dem Hintergrund des Unfalls in Nordrhein-Westfalen, um die Sicherheit der niedersächsischen Kavernenspeicher zu überprüfen?

11. Abgeordnete Helmut Dammann-Tamke, Aygül Özkan und Kai Seefried (CDU)

Wie unterstützt die Landesregierung die Bewerbung der Kulturlandschaft Altes Land als UNESCO-Weltkulturerbe?

2012 hat die damalige niedersächsische Kulturministerin Johanna Wanka (CDU) die Bewerbung der Kulturlandschaft Altes Land für die Erlangung des Status des UNESCO-Weltkulturerbes auf den Weg gebracht.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Aktivitäten hat es zur Unterstützung der Bewerbung der Kulturlandschaft Altes Land durch die CDU/FDP-Landesregierung in der vergangenen Legislaturperiode gegeben?
2. Welche Aktivitäten hat es zur Unterstützung der Bewerbung der Kulturlandschaft Altes Land seitens der aktuellen Landesregierung seit dem 19. Februar 2013 gegeben?
3. Haben Kulturministerin Dr. Gabriele Heinen-Kljajić, ihre Staatssekretärin oder die zuständige Landesbeauftragte für regionale Landesentwicklung in dieser Angelegenheit schon einen Termin im Alten Land wahrgenommen, um sich mit den Mitgliedern des „Vereins zur Aufnahme des Alten Landes als Weltkulturerbe“ oder Vertretern der Einheitsgemeinde Jork bzw. der Samtgemeinde Lühe auszutauschen oder abzustimmen, und bei welcher der drei genannten Personen liegt die Federführung?

12. Abgeordneter Dr. Stephan Siemer (CDU)

Wie steht die Landesregierung zum Freihandelsabkommen insbesondere im Hinblick auf den Erhalt der Buchpreisbindung?

Zurzeit verhandeln die Europäische Union (EU) und die USA über das transatlantische Freihandelsabkommen (engl. Transatlantic Trade and Investment Partnership, kurz TTIP). Ziel des TTIP ist es, den Warenverkehr zwischen der EU und den USA zu erleichtern, indem Handelsbarrieren abgebaut werden sollen.

Das Gesetz über die Preisbindung für Bücher schreibt im Wesentlichen allen Verlagen und Buchimporteuren vor, dass sie für alle von ihnen vertriebenen Bücher einen bestimmten Preis festlegen, der für alle Buchhandlungen als Letztverkäufer verbindlich ist. Das Gesetz soll dazu beitragen, dass den Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland auch weiterhin ein flächendeckendes stationäres Buchangebot zur Verfügung steht. Insbesondere amerikanische Internetkonzerne sehen in dieser Buchpreisbindung allerdings eine Handelsbarriere.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie steht die Landesregierung zum Erhalt der Buchpreisbindung?
2. In welcher Form und mit welchen Maßnahmen wird sich die Landesregierung dafür einsetzen, dass der Bestand der Buchpreisbindung durch den Abschluss des TTIP nicht gefährdet wird?

13. Abgeordneter Ulf Thiele (CDU)

Wie geht die Landesregierung mit den Führungsquerelen im Ostfriesischen Landesmuseum um?

Das Ostfriesische Landesmuseum Emden ist als Regionalmuseum von großer Bedeutung für den Nordwesten Niedersachsens. Träger des Museums sind die „Gesellschaft für bildende Kunst und vaterländische Altertümer zu Emden“ und die Stadt Emden. Am 19. April 2014 berichtete die *Emder Zeitung* über neue Entwicklungen an der Spitze des Museums. So zitiert die Zeitung den SPD-Landtagsabgeordneten Hans-Dieter Haase bezogen auf den Leiter des Ostfriesischen Landesmuseums, Dr. Carsten Jöhnk wie folgt: „Dem Direktor mangelt es an Innovation und Kreativität“, spricht Haase das Dilemma aus seiner Sicht an. „Ich will mehr!“ Dem Artikel und auch anderen Presseberichten zufolge soll das Museum künftig von zwei gleichberechtigten Direktoren geführt werden.

Ich frage die Landesregierung:

1. Teilt die Landesregierung den Vorwurf des SPD-Landtagsabgeordneten Hans-Dieter Haase?
2. Wie sieht die künftige Leitungsstruktur des Ostfriesischen Landesmuseums Emden aus?
3. Falls Änderungen an der Leitungsstruktur geplant sind: Aus welchem Grund?

14. Abgeordnete Karin Bertholdes-Sandrock (CDU)

Wie unterstützt die Landesregierung die Bewerbung der Rundlingsdörfer im Wendland als UNESCO-Weltkulturerbe?

2012 hat die damalige niedersächsische Kulturministerin Johanna Wanka (CDU) die Bewerbung der Rundlingsdörfer im Wendland für die Erlangung des Status des UNESCO-Weltkulturerbes auf den Weg gebracht.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Aktivitäten hat es zur Unterstützung der Bewerbung der Rundlingsdörfer im Wendland durch die CDU/FDP-Landesregierung in der vergangenen Legislaturperiode gegeben?
2. Welche Aktivitäten hat es zur Unterstützung der Bewerbung der Rundlingsdörfer im Wendland seitens der aktuellen Landesregierung seit dem 19. Februar 2013 gegeben?
3. Haben Kulturministerin Dr. Gabriele Heinen-Kljajić, ihre Staatssekretärin oder die zuständige Landesbeauftragte für regionale Landesentwicklung in dieser Angelegenheit schon einen Vor-Ort-Termin im Wendland wahrgenommen, um sich mit Unterstützern der Bewerbung der Rundlingsdörfer auszutauschen oder abzustimmen, und bei welcher der drei genannten Personen liegt die Federführung?

15. Abgeordneter Jens Nacke (CDU)

Empfang des Niedersächsischen Ministerpräsidenten zum 70. Geburtstag von Gerhard Schröder am 30. April 2014 im Gästehaus der Landesregierung

Der *Weser-Kurier* berichtete am 3. Mai 2014 über einen Empfang der Landesregierung für Gerhard Schröder anlässlich dessen 70. Geburtstages am Vorabend des 1. Mai.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Personen waren in welcher Funktion zu diesem Geburtstagsempfang eingeladen?
2. Welche Personen haben in welcher Funktion an diesem Geburtstagsempfang teilgenommen?
3. An welchen Kriterien hat sich die Staatskanzlei bei der Auswahl der Gäste orientiert?

16. Abgeordneter Dr. Hans-Joachim Deneke-Jöhrens (CDU)

Schwindel bei Neuland-Geflügel zu lange unentdeckt (Teil 2)

In der Pressemitteilung des AbL „Die Vorgänge um ‚Neuland‘- Geflügel konsequent aufdecken, Missstände und Fehler transparent machen und rasch die notwendigen Konsequenzen daraus ziehen!“ vom 21. April 2014 wird die Aufdeckung des Geflügel-Schwindels bei Neuland gefordert. Nach der Pressemitteilung von Neuland e. V., in der das Ende der Zusammenarbeit mit dem Landwirt L. aus Wietzen bekannt wurde, berichteten diverse Zeitungen über den Etikettenschwindel bei Neuland-Geflügel. Über Jahre hinweg hat der betreffende Betrieb in Wietzen konventionelle Mastvögel eingekauft, geschlachtet und als Neuland-Geflügel verkauft, ohne dabei entdeckt zu werden.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wann und wie hat der Minister von den Unregelmäßigkeiten bei Neuland erfahren, und welche Maßnahmen wurden daraufhin ergriffen?
 2. Warum haben keine Kontrollen im Betrieb bzw. auf dem Schlachthof frühzeitig Hinweise auf die bekannten Verstöße geliefert?
 3. In welcher Form wird durch eine geplante Verstärkung der Kontrollen im Lebensmittelbereich garantiert, dass derart offensichtliche Lücken zukünftig nicht mehr bestehen können?
17. Abgeordnete Kai Seefried und Karin Bertholdes-Sandrock (CDU)

Was unternimmt die Landesregierung gegen den Lehrermangel im Unterrichtsfach Physik an niedersächsischen Schulen?

Am 2. April 2014 berichtete die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* unter dem Titel „Immer weniger Physikunterricht an deutschen Schulen - Studie warnt vor Lehrermangel“ über den Mangel von Physiklehrerinnen und Physiklehrern und die unzureichende Ausbildung zukünftiger Lehrkräfte. Die Deutsche Physikalische Gesellschaft (DPG) hat dem Artikel zufolge 200 Schulen befragt und festgestellt, dass in rund einem Drittel der Schulen Physik im Verbund mit anderen Fächern wie Chemie und Biologie unterrichtet wird. „Dadurch werde die ohnehin geringe Begeisterung für das Fach nicht geweckt“, schreibt die *FAZ* unter Berufung auf die Präsidentin der DPG, Prof. Dr. Johanna Stachel. Die DPG kritisierte demzufolge u. a. die „neue Physiklehrerausbildung nach dem Bologna-Modell“ und forderte eine eigenständige und spezifische Fachausbildung für das Lehramt Physik.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Forderung der DPG nach einer eigenständigen Fachausbildung für das Lehramt Physik?
2. Wie hat sich die fachspezifische Unterrichtsversorgung im Unterrichtsfach Physik und in entsprechenden Verbundfächern an den allgemeinbildenden Schulen in Niedersachsen in den letzten drei Jahren entwickelt?
3. Wie unterstützt die Landesregierung das modellhaft an der Robert-Bosch-Gesamtschule Hildesheim eingeführte Unterrichtsfach „Physik/Technik“ im Gegensatz zum sonst an Integrierten Gesamtschulen üblichen Verbundfach „Naturwissenschaften“, und wie kann es weitergeführt werden?

18. Abgeordnete Rainer Fredermann, Karl-Heinz Bley, Ansgar Focke, Angelika Jahns und Mechthild Ross-Luttmann (CDU)

Wie unterstützt die Landesregierung die Einführung einer Verwaltungs- und Statistiksoftware für Feuerwehren?

Mit dem neuen Niedersächsischen Brandschutzgesetz vom 18. Juli 2012 wurde die Möglichkeit geschaffen, dass eine Berichtspflicht der Feuerwehren für eine Gesamtstatistik eingeführt werden kann (NBrandSchG: § 6, Satz 5).

Zahlreiche Feuerwehren haben inzwischen begonnen, ihre Abläufe mittels besonderer Software zu erfassen und zu verwalten. Dies wäre auch eine Voraussetzung zur Erfüllung einer Berichtspflicht.

Der Landesfeuerwehrverband bietet gegenwärtig den Feuerwehren ein elektronisches Verwaltungssystem namens „Feuerwehredirect“ kostenlos an.

Zahlreiche Feuerwehren haben inzwischen andere Verwaltungsprogramme beschafft. Laut Aussagen des Innenministeriums gegenüber den Feuerwehren habe man dort einen Anforderungskatalog für ein zentrales Verwaltungssystem erstellt und bereite eine Ausschreibung vor.

Die Anforderungen an eine neue moderne Softwarelösung für die Feuerwehren sind unabhängig von den Statistikanforderungen enorm hoch. Aufgrund der Ankündigungen der Einführung einer zentralen einheitlichen Lösung haben viele Kommunen bei der Beschaffung einer eigenen Softwarelösung deshalb eine abwartende Haltung. Dies behindert die zumeist ehrenamtlichen Feuerwehrleute bei diesen Verwaltungstätigkeiten und schwächt so das Ehrenamt.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Plant die Landesregierung die Einführung einer zentralen Software- oder elektronischen Verwaltungslösung zur Verwaltung der Feuerwehren in Niedersachsen?
 2. Wenn ja, bis wann soll diese zur Verfügung stehen, und plant die Landesregierung, diese kostenlos an die Feuerwehren abzugeben?
 3. Wenn ja, welchen Funktionsumfang soll dieses System im Einzelnen anbieten?
19. Abgeordnete Angelika Jahns, Thomas Adasch und Rudolf Götz (CDU)

Baut die Landesregierung die Zahl der Kontaktbeamten der Niedersächsischen Polizei ab?

Die *Wolfsburger Allgemeine (WAZ)* berichtet in ihrer Ausgabe vom 25. April 2014, dass einer der vier Kontaktbeamten der Polizei in Wolfsburg, die u. a. für den Ortsteil Mitte-West zuständig sind, im Juli in Pension ginge. Die Stelle solle laut *WAZ* nicht neu besetzt und eingespart werden.

Die Aufgaben würden zukünftig unter den drei verbleibenden Kontaktbeamten verteilt, sie könnten sich aber auch nicht zerreißen. Einer dieser Kontaktbeamten soll laut *WAZ* gegenüber dem Ortsrat Mitte-West gesagt haben: „Wir werden in den Schulen nicht mehr leisten können als das, was wir bisher gemacht haben.“

Auf die Frage des Ortsbürgermeisters Adam Ciemniak (SPD), was man tun könne, um die Stelle neu zu besetzen, antwortete einer der Kontaktbeamten: „Das ist Landespolitik - sprechen Sie Ihre Landtagsabgeordneten an ...“

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Tätigkeit der Kontaktbeamtinnen und Kontaktbeamten?
2. Plant die Landesregierung eine Kürzung von Stellen bei den Kontaktbeamten und Kontaktbeamtinnen Niedersachsens?
3. Wird die Stelle des im Juli ausscheidenden Kontaktbeamten neu besetzt werden?

20. Abgeordnete Mechthild Ross-Luttmann (CDU)

Was passierte tatsächlich in Söhlingen?

Medienberichten zufolge (*Rotenburger Kreiszeitung* vom 10. April 2014 und *Rotenburger Rundschau* vom 13. April 2014) berichteten Bürger aus dem Landkreis Rotenburg über gesundheitliche Probleme, die im Zusammenhang mit dem Abfackeln von Erdgas auf der Erdgasbohrstelle Söhlingen Z 5 am 1. April 2014 stehen sollen. Es wird vermutet, dass beim Abfackeln ein Säurenebel auf die an der Bohrstelle versammelten Menschen niedergegangen sei.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung diesen Vorfall?
2. Welche Maßnahmen hat sie wann ergriffen?
3. Wie beurteilt sie die Zusammenarbeit mit dem Landkreis Rotenburg in dieser Angelegenheit?

21. Abgeordnete Christian Calderone, Dr. Stephan Siemer und Rainer Fredermann (CDU)

Wann veröffentlicht das Land eine Ausbildungsrichtlinie für den Digitalfunk?

Das Land Niedersachsen führt das bundeseinheitliche digitale Sprech- und Datenfunksystem für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben ein. Anlässlich des Kreisfeuerwehrtages in Goldenstedt-Lutten am 26. April 2014 haben leitende Feuerwehrkräfte erklärt, das Land habe trotz eines schon weitflächig eingeführten Digitalfunks bisher noch keinen Leitfaden für die Neuausbildung von Feuerwehrleuten in Bezug auf den neuen Digitalfunk herausgegeben. Aus Sicht der verantwortlichen Feuerwehren sei der Fortbildungsbedarf in Sachen Digitalfunk der Feuerwehrleute bereits erheblich und mangels Ausbildungsleitfaden nicht zu decken.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Bis wann plant die Landesregierung die Veröffentlichung eines aktuellen Ausbildungsleitfadens Digitalfunk?
2. Welche Maßnahmen ergreift das Land, um einen ausreichenden Ausbildungsstand in den Feuerwehren bei der Einführung des Digitalfunkes bei den Feuerwehren sicherzustellen?
3. Wie weit ist die Einführung des Digitalfunks in den Feuerwehren vorangeschritten, und welche Schritte stehen an?

22. Abgeordneter Kai Seefried (CDU)

Neugenehmigungen von Gesamtschulen und gymnasialen Oberstufen in Niedersachsen

Die Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule (GGG), Landesverband Niedersachsen, meldet auf ihrer Internetseite <http://www.ggg-niedersachsen.de> unter dem Datum 25. April 2014: „In Niedersachsen geht der weitere Auf- und Ausbau von Integrierten Gesamtschulen auch 2014 weiter. Wurden zum 1. August 2013 fünf weitere IGS genehmigt, werden es zum 1. August 2014 acht neue IGS sein.“ In der gleichen Meldung ist auch von neu genehmigten gymnasialen Oberstufen an aufwachsenden Integrierten Gesamtschulen die Rede.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele neue Integrierte Gesamtschulen und wie viele neue gymnasiale Oberstufen werden zum Schuljahr 2014/2015 in Niedersachsen an welchen Standorten eingerichtet?
2. Hat die Landesregierung Verbände und Interessengruppen zeitlich vor den Abgeordneten des Landtags über die Zahl und/oder die Standorte neuer Gesamtschulen oder gymnasialer Oberstufen informiert?
3. Wie viele Gesamtschulen und wie viele Gymnasien hat die Kultusministerin seit ihrem Amtsantritt besucht (bitte aufgeschlüsselt nach Datum, Name und Standort der Schulen)?

23. Abgeordnete Rudolf Götz, Angelika Jahns, Thomas Adasch; Bernd-Carsten Hiebing und Ansgar Focke (CDU)

Hat der Landesbeauftragte Wunderling-Weilbier das richtige Augenmaß bei seiner Amtsführung?

In der mündlichen Anfrage Nr. 13 des Märzplenums (Drs. 17/1390) wurde die Landesregierung gefragt, ob die Landesbeauftragten einzelne Parteien beim Wahlkampf unterstützen dürfen. Anlass war die Kommentierung angeblich fehlender Entwicklungsstrategien im Rathaus der Stadt durch den Landesbeauftragten Wunderling-Weilbier bei einem SPD-Unterbezirksparteitag am 1. März 2014 in Salzgitter.

In ihrer Antwort führt die Landesregierung aus, Landesbeauftragte dürften keine aktive Wahlkampfunterstützung leisten, was der Landesbeauftragte Wunderling-Weilbier auch nicht getan habe, weil er nicht in seiner Funktion als Landesbeauftragter, sondern als Privatperson an der Veranstaltung teilgenommen habe.

In der *Braunschweiger Zeitung* vom 28. April 2014 sagt der Landesbeauftragte Wunderling-Weilbier, man habe im neuen Landesamt für regionale Entwicklung in den ersten rund 100 Tagen annähernd 100 Gespräche geführt - mit Vertretern der Städte und Landkreise, Kirchen, Wohlfahrtspflege und Verbänden.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Aufgrund welcher Umstände konnten die Teilnehmer des SPD-Unterbezirksparteitages erkennen, dass die Privatperson Wunderling-Weilbier und nicht der Landesbeauftragte Wunderling-Weilbier an der Veranstaltung teilnahm (z. B. Ankündigung der Privatperson Wunderling-Weilbier durch die Veranstalter, Redebeitrag von Herrn Wunderling-Weilbier zu Themen, die keinen Bezug zur Regionalentwicklung haben, Hinweis von Herrn Wunderling-Weilbier, als Privatperson an der Veranstaltung teilzunehmen)?
 2. Ist die Privatperson Wunderling-Weilbier auf Kosten des Landes zum SPD-Unterbezirksparteitag in Salzgitter am 1. März 2014 gefahren (Nutzung des Dienstwagens, Abrechnung sonstiger Reisekosten)?
 3. Mit welchen Vertretern der Städte und Landkreise, Kirchen, Wohlfahrtspflege, Verbänden und Parteien hat sich der Landesbeauftragte Wunderling-Weilbier seit seiner Ernennung getroffen und an welchen Veranstaltungen der SPD hat die Privatperson und/oder der Landesbeauftragte Wunderling-Weilbier seit seiner Ernennung nach Kenntnis der Landesregierung teilgenommen?
24. Abgeordnete Volker Meyer, Norbert Böhlke, Petra Joumaah, Dr. Max Matthiesen, Gudrun Pieper, Annette Schwarz (CDU)

Wann legt die Landesregierung den Entwurf zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen für psychisch Kranke (NPsychKG) vor?

Das Bundesverfassungsgericht hat zu den rechtlichen Voraussetzungen und Grenzen der Zwangsbehandlung in der psychiatrischen Unterbringung sowie zu den Grundsätzen über die Unterbringung psychisch Kranker festgestellt, dass die gegen den natürlichen Willen des Betroffenen vorgenommene medizinische Zwangsbehandlung in schwerwiegender Weise in das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit eingreift. Damit wurde das in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg geltende Recht für verfassungswidrig und nichtig erklärt. Diese Grundsatzentscheidung wirkt sich auch auf die vergleichbaren gesetzlichen Regelungen für die psychiatrische Zwangsbehandlung in Niedersachsen aus.

Bereits in ihrem Koalitionsvertrag haben SPD und Grüne angekündigt, dass sie das Niedersächsische Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen für psychisch Kranke novellieren wollen, um die vom Bundesverfassungsgericht festgelegten Anforderungen umzusetzen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wann wird die Landesregierung den Entwurf zur Änderung des NPsychKG vorlegen, um die Zwangsbehandlung und Fixierung psychisch Kranker und an Demenz erkrankter Menschen wieder auf eine rechtskonforme Grundlage zu stellen?
2. Welche Aufgaben sollen dem Landesfachbeirat Psychiatrie als Beratungsgremium der Landesregierung gesetzlich übertragen werden?
3. In welcher Form sollen das Ziel der Reduzierung von Fixierungen psychisch Kranker und an Demenz erkrankter Menschen sowie die Erfahrungen aus den entsprechenden Modellprojekten in Niedersachsen in diesem Gesetz berücksichtigt werden?

25. Abgeordneter Helmut Dammann-Tamke (CDU)

Schwindel bei Neuland-Geflügel zu lange unentdeckt (Teil 1)

In der Pressemitteilung der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) „Die Vorgänge um ‚Neuland‘-Geflügel konsequent aufdecken, Missstände und Fehler transparent machen und rasch die notwendigen Konsequenzen daraus ziehen!“ vom 21. April 2014 wird die Aufdeckung des Geflügelschwindels bei Neuland gefordert. Nach der Pressemitteilung von Neuland e. V., in der das Ende der Zusammenarbeit mit dem Landwirt L. aus Wietzen bekannt wurde, berichteten diverse Zeitungen über den Etikettenschwindel bei Neuland-Geflügel. Über Jahre hinweg habe der betreffende Betrieb in Wietzen konventionelle Mastvögel eingekauft, geschlachtet und als Neuland-Geflügel verkauft, ohne dabei entdeckt zu werden, wie die *Zeit* am 15. April 2014 in dem Artikel „Jahrelanger Betrug mit Neuland-Geflügel“ berichtete.

Radio Bremen schreibt dazu auf seiner Internetseite: <http://www.radiobremen.de/politik/themen/neuland-guetesiegel100.html> Folgendes: „Niedersachsens Landwirtschaftsminister Christian Meyer (Grüne) sprach von einem ärgerlichen Einzelfall: ‚Man darf davon nicht auf das Siegel oder eine ganze Branche schließen‘, so Meyer, ‚aber es ist mehr als ärgerlich, dass durch das Handeln eines Einzelnen - wenn sich das so bestätigt - eine ganze Branche in Verruf gerät.‘ Der Fall sei Betrug am Bürger, aber Neuland müsse selbst auf die Einhaltung der Bedingungen achten.“

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Kenntnis hatte die Landesregierung über Ausnahmeregelungen, abweichend von den Neuland-Richtlinien, und über die Begründungen, die zu diesen Ausnahmeregelungen im Vorfeld des Skandals führten, und wie beurteilt sie diese?
2. Wie beurteilt die Landesregierung die Aussagen, wonach Neuland große Mengen an Geflügel von dem betroffenen Landwirt forderte, die nach strengen Neuland-Richtlinien gar nicht zu produzieren waren?
3. Wie ist nach Meinung der Landesregierung die Aussage des Ministers, wonach es sich bei dem Geflügelbetrug um einen Einzelfall handelt, mit der Tatsache zu vereinbaren, dass dies den Großteil der gesamten Neuland-Geflügelsparte betrifft und das vermutlich über einen Zeitraum von fünf Jahren?

26. Abgeordnete Karl-Heinz Bley, Martin Bäumer, Frank Oesterhelweg, Dirk Toepffer, Ernst-Ingolf Angermann, André Bock, Helmut Dammann-Tamke, Dr. Hans-Joachim Deneke-Jöhrens, Ansgar Focke, Rainer Fredermann, Clemens Große Macke, Karsten Heineking, Gerda Hövel, Ingrid Klopp, Klaus Krumfuß, Dr. Max Matthiesen, Axel Miesner, Gudrun Pieper, Dr. Stephan Siemer, Ulf Thiele, Lutz Winkelmann (CDU)

Sieht die Landesregierung Versäumnisse bei den erneuten Zwischenfällen auf dem Kavernefeld in Etzel?

Nach einem ersten Ölunfall auf dem Kavernefeld in Etzel im November 2013 hat es in den vergangenen Wochen weitere Zwischenfälle gegeben. Im März 2014 hatte sich ein Förderstrang einer mit Gas befüllten Kaverne aus bislang ungeklärten Gründen unweit einer Wohnbebauung gelöst.

Die *NWZ* berichtete am 19. März 2014 unter der Überschrift „Landräte verärgert über späte Nachricht“ darüber, dass die für den Katastrophenschutz zuständigen Landkreise weder vom Landesbergamt noch von dem Betreiber des Kavernenfeldes IVG Caverns zeitnah über den Schadensfall unterrichtet worden seien: „Ich bin sehr verärgert. Wenn auf so einem sensiblen Gelände ein Schadensfall passiert, muss der Landkreis davon Kenntnis bekommen“, zitiert die *NWZ* den Landrat des Landkreises Wittmund, Matthias Köring.

In der ersten Aprilwoche entdeckte ein Fernseherteam des NDR bei Dreharbeiten eine weitere Sicherheitspanne auf dem Kavernengelände in Etzel. Die Journalisten stießen nach Angaben der *Wilhelmshavener Zeitung* vom 9. April 2014 auf ein nicht verschlossenes Tor zum Kavernenplatz 10. Dies war derselbe Ort, an dem im November 2013 rund 40 000 l Öl ausgetreten waren und umliegende Gewässer verschmutzt hatten.

Der Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr erklärte am 8. April 2014 in einer Pressemitteilung sein Unverständnis über die erneuten Vorfälle: „Der Vorgang stellt einen Verstoß gegen die Vorschriften da und ist inakzeptabel (...) ich kann der IVG schon jetzt eindeutig signalisieren, dass dieses Fehlverhalten Konsequenzen haben wird.“

In einer Antwort der Landesregierung auf eine Mündliche Anfrage im Januar-Plenum hatte sich das Wirtschaftsministerium noch dafür gerühmt, dass die Pressestelle des LBEG zu Jahresbeginn 2014 personell verstärkt worden sei.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wer trägt aus Sicht der Landesregierung die Verantwortung für die o. g. Zwischenfälle auf dem Kavernengelände der IVG in Etzel im März und April 2014?
2. Welche konkreten Schritte wird das Wirtschaftsministerium bzw. das Landesbergamt ergreifen, um künftig höchste Sicherheitsanforderungen auf dem Gelände zu gewährleisten?
3. Wieso wurden nach dem Zwischenfall im März 2014 die Landräte der betroffenen Landkreise erst zu einem späten Zeitpunkt von dem Zwischenfall unterrichtet (bitte Meldekette von Rufbereitschaft über Wirtschaftsministerium bis zu den Landräten zeitlich aufschlüsseln)?

27. Abgeordnete Heiner Schönecke und Norbert Böhlke (CDU)

Rübke - das vergessene Dorf an der Landesgrenze zu Hamburg?

Bei seinem Besuch in der Ortschaft Rübke vor der Bundestagswahl hat Minister Lies (SPD) versprochen, sich für die Neu Wulmstorfer Belange starkzumachen. Unter anderem machte er deutlich, dass Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen ein gemeinsames Handeln von Niedersachsen und Hamburg erforderten; Einigungen dürften nicht zulasten der Bürgerinnen und Bürger vor Ort geschehen - und vor allem nicht an Zuständigkeiten scheitern. Olaf Lies legte dar, dass er sich mit seinem Pendant, Senator Frank Horch aus Hamburg, in Verbindung setzen werde; allerdings sei auch der Bund bei übergeordnetem Interesse gefordert, Gelder dafür zur Verfügung zu stellen (Quelle: Homepage der SPD Neu Wulmsdorf).

Da jetzt der 4. Bauabschnitt der A 26 auf dem Gebiet der Freien und Hansestadt Hamburg planerisch umgesetzt wird, besteht die Chance, in Verhandlungen mit Hamburg eine einvernehmliche Lösung zum Wohle der Neu Wulmstorfer Bürger zu erreichen.

Im Planfeststellungsverfahren für den 3. Bauabschnitt der A 26 hat die Gemeinde Neu Wulmstorf am 29. Mai 2009 für die Ortschaft Rübke Einwendungen zur Planung der A 26 erhoben.

Die Gemeinde hatte seinerzeit angemahnt, dass die Abfahrt Neu Wulmstorf zwischen Buxtehude und dem Anschluss an die A 7 die einzige sei. Nachfolgend führe sie dann als L 235 durch die Ortschaft Rübke und müsse damit den gesamten Schwerlastverkehr für Teile des Alten Landes, Airbus und die Sietas-Werft aufnehmen.

Der Vorschlag der Gemeinde sah vor, die Abfahrt nach Osten auf Hamburger Gebiet zu verlegen, um damit die Möglichkeit einer Umgehungsstraße zu gewährleisten und gleichzeitig zu verhindern, dass der Verkehr direkt nach Rübke hereinfährt.

Rübker Wohnhäuser stehen seit Hunderten von Jahren im Moor auf bis zu 8 m tiefen Pfählen. Der zu erwartende Verkehr von der neuen Anschlussstelle „Neu Wulmstorf“ könne nach Vorschlägen der Gemeinde mit einer nur 1 000 m langen Umgehungsstraße an Rübke vorbeigeführt werden. Diese Umgehungsstraße würde zu Teilen auf Hamburger Gebiet verlaufen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Initiativen hat die rot-grüne Landesregierung auf Bundesebene ergriffen, um eine Umgehungsstraße für Rübke zu erreichen (Termine, Schreiben etc. bitte konkret benennen)?
2. Wann und wo hat es Gespräche mit dem Hamburger Verkehrsminister Horch gegeben, um gemeinsam Entlastungen für die Neu Wulmstorfer und Rübker Bürger zu erreichen?
3. Sehen aktuelle Planungen vor, dass die Anschlussstelle Neu Wulmstorf direkt auf der Höhe der L 235 und nicht nach Osten geführt und somit der abfließende Verkehr direkt über die L 235 nach Rübke hereingeführt wird?

28. Abgeordneter Lutz Winkelmann (CDU)

Schäden durch falschen Umgang mit Krähen

Die *Celler Zeitung* berichtet in ihrem Artikel „Celler Jäger sauer aufs Land“ vom 25. April 2014 über die Diskussionen um den Schutz von Krähen im Rahmen des neuen Jagdgesetzes. Dieses verbiete die Bejagung der Krähen vollständig. Der Umgang mit den Krähen werde vor dem Hintergrund kritisiert, dass sich ein komplettes Jagdverbot zum einen negativ auf den Bestand anderer geschützter Arten auswirke. Zum anderen werde in Bezug auf die städtischen Brutbereiche kritisiert, dass die Krähen neben ihrer Gefahr als Raubvogel insbesondere durch ihren Kot Beschädigungen an Gebäuden hervorriefen, was verständlicherweise zu einer Frustration der Eigentümer führt, die bei einem kompletten Bejagungsverbot machtlos seien.

Auch Verunreinigungen und sogar Schäden an Fahrzeugen wurden in verstärktem Maße beobachtet. Vielen Menschen erscheine das massive Auftreten von Krähen und die damit einhergehende Verkotung auch aus hygienischen Gründen zunehmend problematisch.

Der Schutz der Krähen werde in seinem Ausmaß infrage gestellt. In dem besagten Artikel heißt es: „Die Saatkrähe ist eine koloniebrütende Vogelart, die noch vor 30 Jahren bundes- wie auch landesweit als stark bedroht galt. In der Zwischenzeit hat sich der niedersächsische Brutbestand mit über 10 000 Paaren fast verfünffacht, wobei die Vögel zunehmend auch städtische Bereiche für die Anlage ihrer Brutkolonien nutzen.“

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie haben sich die Krähenbestände entwickelt?
2. Trifft es zu, dass in einigen Städten Probleme durch die Kolonialbildung durch Saatkrähen bestehen?
3. Wie unterstützt die Landesregierung die betroffenen Städte?

29. Abgeordnete Clemens Lammerskitten, André Bock, Sebastian Lechner, Annette Schwarz und Kai Seefried (CDU)

Zukunft der Schulsozialarbeit in Niedersachsen

In Niedersachsen können inzwischen viele Schulen auf sozialpädagogische Unterstützung zurückgreifen. Die für die Schulsozialarbeit zur Verfügung stehenden Stellen werden derzeit zum Teil aus Bundes-, aus Landes- und aus kommunalen Mitteln finanziert. Durch den Wegfall von Bundesmitteln stehen jedoch aktuell landesweit Stellen für die Schulsozialarbeit zur Disposition.

Das Land hat bislang sozialpädagogische Angebote an Schulen über eine Richtlinie (früheres „Hauptschulprofilierungsprogramm“) gefördert, die zum Jahresende 2014 ausläuft. Eine neue Landesrichtlinie, mit der Schulträger für das kommende Jahr weitere Mittel beantragen können, liegt noch nicht vor.

Wir fragen die Landesregierung:

1. In welcher Weise plant die Landesregierung eine Fortsetzung des früheren „Hauptschulprofilierungsprogramms“, bzw. wie will sie die dafür im Haushalt 2014 sowie als Verpflichtungsermächtigung für 2015 und 2016 vorgesehenen Mittel einsetzen?
2. Wie beurteilt die Landesregierung die aktuelle und künftige Versorgung der niedersächsischen Schulen mit Schulsozialarbeiterinnen und -arbeitern?
3. Erwägt die Landesregierung, künftig mehr Landesmittel als bisher für Schulsozialarbeit einzusetzen, und, wenn ja, in welcher Weise und in welcher Höhe?

30. Abgeordneter Dr. Hans-Joachim Deneke-Jöhrens (CDU)

Schwindel bei Neuland-Geflügel zu lange unentdeckt (Teil 3)

In der Pressemitteilung der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) „Die Vorgänge um ‚Neuland‘-Geflügel konsequent aufdecken, Missstände und Fehler transparent machen und rasch die notwendigen Konsequenzen daraus ziehen!“ vom 21. April 2014 wird die Aufdeckung des Geflügelschwindels bei Neuland gefordert. Nach der Pressemitteilung von Neuland e. V., in der das Ende der Zusammenarbeit mit dem Landwirt L. aus Wietzen bekannt wurde, berichteten diverse Zeitungen über den Etikettenschwindel bei Neuland-Geflügel. Über Jahre hinweg hat der betreffende Betrieb in Wietzen konventionelle Mastvögel eingekauft, geschlachtet und als Neuland-Geflügel verkauft, ohne dabei entdeckt zu werden, wie die *Zeit* am 15. April 2014 in dem Artikel „Jahrelanger Betrug mit Neuland-Geflügel“ berichtete.

Radio Bremen schreibt dazu auf seiner Internetseite: <http://www.radiobremen.de/politik/themen/neuland-guetesiegel100.html>) Folgendes: „Niedersachsens Landwirtschaftsminister Christian Meyer (Grüne) sprach von einem ärgerlichen Einzelfall: ‚Man darf davon nicht auf das Siegel oder eine ganze Branche schließen‘, so Meyer, ‚aber es ist mehr als ärgerlich, dass durch das Handeln eines Einzelnen - wenn sich das so bestätigt - eine ganze Branche in Verruf gerät.‘ Der Fall sei Betrug am Bürger, aber Neuland müsse selbst auf die Einhaltung der Bedingungen achten.“

Wir fragen die Landesregierung:

1. Warum sind nach Meinung der Landesregierung im Vorfeld des Skandals bei Neuland keine Diskrepanzen aufgefallen, die belegen, dass Landwirt L. pro Jahr 130 000 Masthühnerschlachtungen durchführte, obwohl die Bestandsgrenze deutlich darunter liegt?
2. Zu welchem Zeitpunkt und durch wen wurde die Öffentlichkeit über die Missstände und Fehler informiert?
3. Zu welchem Zeitpunkt hat die Landesregierung von den Missständen und Fehlern Kenntnis erlangt und die Öffentlichkeit informieren können?

31. Abgeordnete Frank Oesterhelweg, Hans-Joachim Deneke-Jöhrens, Karin Bertholdes-Sandrock, Clemens Große Macke, Gerda Hövel, Karl-Heinz Bley, Helmut Dammann-Tamke und André Bock (CDU)

Zuständigkeitschaos in der Arzneimittelüberwachung?

In der Drucksache 17/1250 führt die Landesregierung auf die Frage, wie sie zur Beibehaltung der kommunalen Zuständigkeit für die Überwachung des Tierarzneimittelsatzes in den landwirtschaftlichen Betrieben steht, Folgendes aus: „Die Tierarzneimittelüberwachung in Niedersachsen wird auf der Ebene der Tierhalterinnen und Tierhalter durch die Landkreise bzw. kreisfreien Städte und auf der Ebene der tierärztlichen Hausapotheken durch das LAVES wahrgenommen.“

Mit der jüngst in Kraft getretenen 16. Arzneimittelgesetz-Novelle (AMG) werden im Verlauf dieses Jahres neue Aufgaben zur Umsetzung eines Antibiotika-Minimierungskonzepts nach §§ 58 Buchstaben a) bis f) des Arzneimittelgesetzes wahrzunehmen sein. Es handelt sich um eine neue wichtige Aufgabe im Bereich Tierarzneimittel, für welche noch keine Zuständigkeit festgelegt worden ist. Bei der Neuregelung geht es primär um die fachliche Prüfung von Maßnahmenplänen, die von Erzeugerbetrieben im Zusammenwirken mit der/dem jeweils bestandsbetreuenden Tierärztin/Tierarzt bei hohem Antibiotikaeinsatz im Betrieb erstellt werden müssen und in der Folge um die erforderlichenfalls behördliche Kontrolle der Umsetzung eines zielführenden Maßnahmenplans im betroffenen Erzeugerbetrieb. Im Hinblick auf eine effiziente Aufgabenwahrnehmung wird - unabhängig von der künftigen Zuständigkeit für die behördliche Umsetzung des Antibiotika-Minimierungskonzepts - von Relevanz sein, dass ein entsprechender Informationsfluss zwischen den Landkreisen/kreisfreien Städten und dem LAVES die bisherige jeweilige Aufgabenwahrnehmung unterstützt.

Nach Einschätzung von Experten sind zur Erfüllung der Vorgaben des § 58 d AMG umfassende Kenntnisse über den Gesamtbetrieb erforderlich, welche ausschließlich den kommunalen Veterinärbehörden vorliegen. Die in § 58 AMG vorgesehenen Anordnungen sind unabhängig von der Verortung der Rechtsgrundlage im Arzneimittelrecht im Kern tierschutzrechtlicher Art (Bestandsmanagement, Bestandsgröße, Tierdichte). Die Durchsetzung von Anordnungen nach § 58 d Abs. 3 AMG erfordert gegebenenfalls wiederholte Nachkontrollen, die letztlich nur von Vor-Ort-Behörden zu leisten sind. Eine Verlagerung der Zuständigkeit für die Umsetzung der 16. AMG-Novelle bedingt einen vollständigen Neuaufbau der Kompetenz beim LAVES.

Fachleute fürchten den Aufbau von Doppelstrukturen und eine unnötige Verzögerung der AMG-Novelle zulasten des Verbraucherschutzes.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie begegnet die Landesregierung dem Vorwurf, das LAVES verfüge nicht über genügend geeignetes Fachpersonal, um den zusätzlichen Aufgaben durch die AMG-Novelle gerecht zu werden.
 2. Geht die Rekrutierung von zusätzlichem Personal beim LAVES zulasten der kommunalen Veterinärbehörden?
 3. Wie wird die Regelzuständigkeit der kommunalen Veterinärbehörden für die Tierarzneimittelüberwachung im Zeitraum bis zur Umsetzung der Antibiotika-Minimierungskonzepte in den landwirtschaftlichen Betrieben, die Monate oder Jahre dauern kann, wahrgenommen?
32. Abgeordnete Frank Oesterhelweg, Hans-Joachim Deneke-Jöhrens, Karin Bertholdes-Sandrock, Clemens Große Macke, Gerda Hövel, Karl-Heinz Bley, Helmut Dammann-Tamke, André Bock (CDU)

Verstößt die Landesregierung bei der Übertragung von Aufgaben an das LAVES gegen geltendes Recht?

Mit der am 1. April in Kraft getretenen 16. Arzneimittelgesetz-Novelle sind zusätzlich Aufgaben zur Umsetzung der Arzneimittelminimierungsstrategie angefallen. Noch im Februar führte die Landesregierung in der Drucksache 17/1250 aus, dass noch keine Zuständigkeit festgelegt sei.

Neue Verwaltungs- und Vollzugsaufgaben nach dem Arzneimittelgesetz können nach geltendem Recht und nach ständiger höchstrichterlicher Rechtsprechung nicht durch Erlass übertragen werden.

Die neuen Verwaltungs- bzw. Vollzugsaufgaben nach den Vorschriften des Arzneimittelgesetzes (§§ 58 a bis 58 d AMG, 16. AMG-Novelle) wären in die Zuständigkeit der Staatlichen Gewerbeaufsichtsämter gefallen. Für diese Aufgaben wären die Staatlichen Gewerbeaufsichtsämter nach § 6 e der Verordnung über Zuständigkeiten auf verschiedenen Gebieten der Gefahrenabwehr (ZustVO-SOG) vom 18. Oktober 1994, letzte Änderung durch das Gesetz vom 11. Dezember 2013 (Nds. GVBl. S. 282), zuständig.

In Kenntnis der Rechtslage sowie der vorgenannten Rechtsprechung und trotz der eindeutigen gesetzlichen Regelung in der ZustVO-SOG führt das Niedersächsische Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz im Erlass vom 24. März 2014 an das Niedersächsische Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (LAVES) wie folgt aus: „Zum 1. April 2014 treten die Regelungen zur Erfassung der in Tierhaltungen eingesetzten Antibiotikamengen und zur Feststellung einer Therapiehäufigkeit in Kraft. Hierbei handelt es sich um eine neue Aufgabe, die nach § 6 e Nr. 1 ZustVO-SOG ohne anderweitige Regelung der Zuständigkeit in den Zuständigkeitsbereich der Staatlichen Gewerbeaufsichtsämter fiel. Aus Gründen der einheitlichen Wahrnehmung der Aufgabe und wegen ihrer überregionalen Bedeutung ist beabsichtigt, diese Aufgabe auf das LAVES zu übertragen. Eine entsprechende Änderung bzw. Ergänzung der ZustVO-SOG habe ich beim federführenden MI bereits angeregt. Im Vorgriff auf die zu erwartende Verordnungsermächtigung bitte ich Sie, die neuen Aufgaben nach den §§ 58 a bis 58 d AMG bereits ab 1. April 2014 vorläufig wahrzunehmen.“

Wir fragen die Landesregierung:

1. Aus welchen Gründen verstößt die Landesregierung durch die Aufgabenübertragung durch Erlass auf das LAVES gegen bestehende Rechtsvorschriften des Landes und gegen die ständige höchstrichterliche Rechtsprechung?
 2. Aus welchen Gründen soll entgegen der Auffassung der Landkreise und kreisfreien Städte eine Übertragung der Verwaltungs- und Vollzugsaufgaben nach dem Arzneimittelgesetz auf das LAVES erfolgen?
 3. Welche weiteren Aufgaben sollen aus welchen Gründen auf das LAVES übertragen werden?
33. Abgeordnete Gudrun Pieper, Ernst-Ingolf Angermann, Lutz Winkelmann, Thomas Adasch, Otto Deppmeyer, Petra Joumaah, Rainer Fredermann und Angelika Jahns (CDU)

Was tun die Landesbeauftragten für regionale Landentwicklung, um den von Britenabzug und Bundeswehrreform betroffenen Kommunen zu helfen?

Die britische Regierung in London hat entschieden, dass bis spätestens Ende 2015 alle britischen Soldatinnen und Soldaten aus Niedersachsen abgezogen werden. Diese waren oder sind in Bad Fallingb., Bergen, Munster, Fassberg, Celle, Hameln und Rinteln ein prägender Bestandteil der örtlichen Gemeinschaft. Neben der erheblichen Bedeutung für die lokale Wirtschaft haben die zahlreichen persönlichen Kontakte die Verbindung zwischen Deutschland und dem Vereinigten Königreich gefördert. Zahlreiche persönliche Kontakte bezeugen dies. Der Abzug ist daher ein Verlust für die Menschen und die Wirtschaft.

Verstärkt werden die wirtschaftlichen Folgen des Abzuges für Niedersachsen noch durch die Schließungen und Verkleinerungen zahlreicher Bundeswehrstandorte in Niedersachsen.

Die betroffenen Kommunen werden dadurch mit erheblichen Herausforderungen konfrontiert. Die CDU-geführte Landesregierung hat in der letzten Legislaturperiode mit dem Projekt KonRek begonnen, den Kommunen bei der Konversion der Flächen und Wirtschaftsstruktur und bei der Regionalentwicklung zu helfen.

Am 25. März 2014 fand in Bergen eine Veranstaltung zum Britenabzug mit der neuen Landesbeauftragten Jutta Schiecke statt. In dieser Veranstaltung sagte sie laut *Böhme-Zeitung* vom 27. März 2014, sie könne sich vorstellen, dass bei Auftragsbewertung für die EU-Fördermittel Konversionsprojekten „Sonderpunkte“ zugeschrieben werden könnten. Die Landesbeauftragte mochte hierzu aber keine Garantie abgeben und wird zitiert mit den Worten: „Ich hoffe, man hört mich in Hannover.“

Wir fragen die Landesregierung:

1. Plant die Landesregierung gegenwärtig bei der Konzeption der neuen EU-Fördermittelprogramme die Vergabe von „Sonderpunkten“ für Konversionsprojekte?

2. Wieso hofft die Landesbeauftragte Jutta Schiecke nur, man höre sie in Hannover mit ihrem Anliegen, wo die Landesbeauftragten doch ausdrücklich als Sprachrohr der Regionen in Hannover eingerichtet wurden?
3. Welche zusätzlichen Hilfen finanzieller oder anderer Art wurden von der Landesregierung für die durch die Truppenreduktion besonders betroffenen Kommunen seit März 2013 veranlasst?

34. Abgeordnete Aygül Özkan, Karin Bertholdes-Sandrock, Kai Seefried und Helmut Dammann-Tamke (CDU)

Niedersächsische Bewerbungen für das UNESCO-Weltkulturerbe - Welche unterstützenden Maßnahmen ergreift die Landesregierung?

Mit der Kulturlandschaft Altes Land sowie den Rundlingsdörfern im Wendland sind zwei niedersächsische Bewerbungen für die Erlangung des Status des UNESCO-Weltkulturerbes auf den Weg gebracht worden. Noch in diesem Jahr wird von deutscher Seite eine aggregierte Liste mit Vorschlägen bei der UNESCO-Kommission in Paris eingereicht, welche mit der Bearbeitung im Jahr 2017 beginnt. In den zurückliegenden Auswahlverfahren waren Kulturlandschaften sowie bäuerliche Architektur bislang unterrepräsentiert. Somit verfügen die niedersächsischen Bewerbungen über aussichtsreiche Chancen.

Während des Bewerbungsprozesses benötigen sie die größtmögliche Unterstützung der Landesregierung. Ein weiteres niedersächsisches Weltkulturerbe wäre eine hervorragende Auszeichnung für die entsprechende Region sowie für unser Bundesland. Neben dem Zugewinn an weltweiter kultureller Bedeutung dürfen auch die positiven wirtschaftlichen und tourismuspolitischen Effekte nicht unterschätzt werden, welche sich aus der Verleihung des Status des Weltkulturerbes ergeben würden

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche kulturellen, wirtschaftlichen und tourismuspolitischen Effekte sind nach Ansicht der Landesregierung mit der Erlangung des Status des UNESCO-Weltkulturerbes verbunden?
2. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung zur Unterstützung der Bewerbungen der Landschaft Altes Land sowie der Rundlingsdörfer im Wendland für das UNESCO-Weltkulturerbe?
3. Wie hoch sind die finanziellen Aufwendungen des Landes Niedersachsen für diese Unterstützungsmaßnahmen?

35. Abgeordneter Reinhold Hilbers (CDU)

Warum hat die Staatskanzlei davon abgesehen, die Öffentlichkeit über den Empfang des Ministerpräsidenten zum 70. Geburtstag von Gerhard Schröder im Gästehaus der Landesregierung zu unterrichten?

In seiner Ausgabe vom 3. Mai 2014 berichtete der *Weser-Kurier* über einen Empfang der Landesregierung für Gerhard Schröder anlässlich dessen 70. Geburtstages am Vorabend des 1. Mai.

In dem Artikel des *Weser-Kurier* heißt es wörtlich: „Diskret führen zwei Dutzend Gäste - politische Weggefährten und wichtige Wirtschaftsbesitzer - vor und stießen drinnen auf den Jubilar an. Einzelheiten etwa über Speisenfolge und Kosten der Sause drangen nicht nach außen. Hoher Besuch aus Moskau soll dem Vernehmen nach allerdings nicht dabei gewesen sein.“

Wir fragen die Landesregierung:

1. Aus welchen Gründen hat die Staatskanzlei davon abgesehen, anders als etwa die Landeshauptstadt Hannover, die Öffentlichkeit vorab über diesen Geburtstagsempfang für Gerhard Schröder zu informieren?

2. Welche Kosten sind dem Land durch diesen Geburtstagsempfang entstanden?
3. Wie war die Speisenfolge, und welche Kosten fielen für Speisen und Getränke an?

36. Abgeordnete Marco Brunotte, Andrea Schröder-Ehlers (SPD) und Belit Onay (GRÜNE)

Paradigmenwechsel in der Abschiebungshaftpraxis

Die rot-grüne Koalition sieht in ihrer Koalitionsvereinbarung einen Paradigmenwechsel in der Abschiebungshaft, insbesondere hinsichtlich der Abschiebungshaft, vor. Dazu gehört, dass die verfassungswidrige Unterbringung und nicht mit EU-Richtlinien konforme gemeinsame Unterbringung von Straf- und Abschiebegefangenen beendet werden soll. Hierzu hat die Landesregierung erste Maßnahmen in der Abteilung Abschiebehaft der JVA Hannover ergriffen. Auch die Haftbedingungen für Abschiebehäftlinge werden deutlich verändert. Grundsätzliches Ziel bleibt es, Abschiebehaft überflüssig zu machen.

Richterinnen und Richter sollen hinsichtlich der Abschiebungshaft fortgebildet werden.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Veränderungen an den Haftbedingungen in der Abteilung für Abschiebehaft der JVA Hannover hat die Landesregierung vorgenommen?
2. Was wurde hinsichtlich der Fortbildungen für Richterinnen und Richter erreicht?
3. Welche Pläne hat die Landesregierung für die zukünftige Durchführung der Abschiebehaft?

37. Abgeordnete Petra Joumaah und Ansgar Focke (CDU)

Strebt die Landesregierung eine typisch niedersächsische Willkommenskultur in den Ausländerbehörden an?

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hat im Oktober 2013 ein zweijähriges Modellprojekt zur Etablierung einer Willkommenskultur in den deutschen Ausländerbehörden initiiert, an dem sich zehn Bundesländer beteiligen. Das Modellprojekt wird wissenschaftlich begleitet. Die Ergebnisse sollen am Ende zu Handlungsempfehlungen zusammengefasst werden und deutschlandweit anderen Ausländerbehörden bei der eigenen Entwicklung zu Willkommensbehörden helfen.

Niedersachsen beteiligt sich an dem bundesweiten Modellprojekt nicht. Stattdessen gab Ministerin Rundt am 3. April 2014 den Startschuss zum Pilotprojekt „Willkommenskultur in Ausländerbehörden“, an dem neun niedersächsische Ausländerbehörden beteiligt sind. Das auf eineinhalb Jahre angelegte Projekt wird vom Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e. V. begleitet. Die Erfahrungen des Projekts sollen ausführlich dokumentiert und praxisgerecht landesweit verfügbar gemacht werden.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Weshalb nimmt Niedersachsen nicht wie zehn andere Bundesländer am vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge geförderten Modellprojekt „Ausländerbehörden - Willkommensbehörden“ teil?
2. Lassen sich die von dem bundesweiten Modellprojekt zu erwartenden Ergebnisse nicht auf Niedersachsen übertragen, sodass ein eigenes niedersächsisches Pilotprojekt zur Etablierung einer Willkommenskultur in den Ausländerbehörden erforderlich ist?
3. Was kostet das niedersächsische Pilotprojekt zur Etablierung einer Willkommenskultur in den Ausländerbehörden?

38. Abgeordnete Angelika Jahns (CDU)

Ist die Fusion der Stadt Wolfsburg mit dem gesamten Landkreis Helmstedt zu einem neuen Gebietsverband gescheitert?

Der Landkreis Helmstedt und die Stadt Wolfsburg haben 2013 die Fusion ihrer beiden Gebietskörperschaften zu einem neuen Gebietsverband nach dem sogenannten Modell 2 der Gutachter Prof. Dr. Hagebölling und Prof. Dr. Mehde beschlossen. Im Oktober 2013 stellte die Landesregierung fest, die geplante Fusion widerspreche der regionalpolitischen Balance.

In einem Interview der *Braunschweiger Zeitung* mit dem neuen Landesbeauftragten für die Braunschweiger Region am 28. April 2014 wird festgestellt: „2011 wurde er (Wunderling-Weilbier) Landrat des Kreises Helmstedt. Als er erkannte, dass der Kreis überschuldet ist, reifte der Gedanke zur Fusion mit Wolfsburg. Ende 2013 musste er mit Wolfsburgs OB Mohrs die Idee auf Drängen des Landes aufgeben.“

Im Januar 2014 erklärte die Stadt Wolfsburg in einer Pressemitteilung: „die Bildung einer (Teil-) Region aus der Stadt Wolfsburg und dem gesamten Landkreis Helmstedt ... soll aber nur akzeptiert werden, wenn damit Eingemeindungen einhergehen.“

Helmstedts aktueller Kreisverwaltungschef berichtet (*Helmstedter Sonntag* vom 28. April 2014) vom Treffen im April 2014 im Innenministerium in Hannover „es gibt keine neuen Erkenntnisse“. Er hegt Befürchtungen, dass die Fusion nicht in dem zur Verfügung stehenden Zeitraum zu schaffen sei. Nach Ankündigung durch die Landesregierung müssten die Zahlenwerke für die Fusion bis zum Sommer 2014 vorliegen. „Das ist in dem zur Verfügung stehenden Zeitraum einfach nicht mehr realistisch ..., über so wichtige Fragen, wie die, welche gesetzlichen Aufgaben der Gemeindeverband übernehmen und wo die neue Verwaltung ihren Sitz haben soll, sei noch nicht gesprochen worden,“ so der Kreischef im selben Artikel.

Der Bürgermeister der Stadt Helmstedt erklärt nach einem Bericht der *Braunschweiger Zeitung* vom 28. April 2014, für ihn sei es traurig, dass dieses Possenspiel noch weiter betrieben werde, weil die fusionswilligen Städte und Gemeinden innerhalb des Landkreises in ihrer weiteren Entwicklung blockiert würden. Entscheidungen auf Gemeindeebene würden unter Hinweis auf die Wankelmütigkeit in der Diskussion zur Fusion der Stadt Wolfsburg mit dem gesamten Kreis Helmstedt nicht getroffen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Ist die Fusion der Stadt Wolfsburg mit dem gesamten Landkreis Helmstedt nach dem Modell 2 der Gutachter Prof. Dr. Hagebölling und Prof. Dr. Mehde nach Auffassung der Landesregierung gescheitert?
2. Falls nein, welche Unterlagen müssen nach Auffassung der Landesregierung von der Stadt Wolfsburg und dem Landkreis Helmstedt bis wann vorgelegt und welche rechtlichen Entscheidungen müssen bis dahin getroffen werden, damit diese Fusion bis zur nächsten Kommunalwahl umgesetzt werden kann?
3. Müssen die Zahlenwerke für Zukunftsverträge bis Ende Juli/Anfang August dem Land vorliegen, damit die Kommunen die Millionenzuschüsse zur Entschuldung bekommen, wie vom Helmstedter Kreisverwaltungschef behauptet?

39. Abgeordneter Dr. Stephan Siemer (CDU)

Was haben die Musikvereine und -verbände von dieser Landesregierung konkret zu erwarten?

Mehr als eine halbe Millionen Menschen sind in Niedersachsen in Musikvereinen und -verbänden aktiv. Sie setzen sich für die Bewahrung und die Weiterentwicklung unseres musikalischen Erbes und unserer Musikkultur ein und leisten damit einen herausragenden Beitrag zum aktiven kulturellen Leben in unserem Bundesland. Dachorganisation der Musikvereine und -verbände ist der Landesmusikrat Niedersachsen e. V.

Das Land Niedersachsen und der Landesmusikrat Niedersachsen e. V. haben in 2009 eine Ziel- und Leistungsvereinbarung geschlossen, auf deren Basis das Land den Landesmusikrat institutionell fördert. Der Landesmusikrat leitet diese Mittel an die angeschlossenen Vereine und Verbände weiter, um deren Arbeit vor Ort zu unterstützen. Dabei müssen sich die Vereine und Verbände immer wieder veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen stellen. Beispielhaft genannt seien die zunehmende Ausweitung des Ganztagsangebots und der demografische Wandel.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie hat sich die Landesförderung für den Landesmusikrat und seine Mitgliedsorganisationen von 2009 bis 2014 entwickelt?
2. Welche Herausforderungen und veränderte Aufgabenstellungen sieht die Landesregierung auf die Musikvereine und -verbände zukommen?
3. Wie soll die Förderung des Landesmusikrates künftig gestaltet werden?

40. Abgeordnete Renate Geuter (SPD)

Geplante Umsatzbesteuerung des Eigenverbrauchs von Wärme führt zu einer steuerlichen Mehrbelastung für BHKW-Betreiber - Wie bewertet die Landesregierung die aktuellen Pläne des Bundesfinanzministeriums?

Das Bundesfinanzministerium hat einen Entwurf zur umsatzsteuerlichen Behandlung der Wärmeabgabe von Blockheizkraftwerken ausgearbeitet, wonach die Eigenverbraucher von selbst erzeugter Wärme für nicht unternehmerische Zwecke Umsatzsteuer abführen müssen. Als Bemessungsgrundlage soll hierbei grundsätzlich der Einkaufspreis angesetzt werden. Da dieser jedoch beim Eigenverbrauch von selbst erzeugter Wärme entfällt, sind stattdessen die Selbstkosten als Bemessungsgrundlage heranzuziehen. Jeder Betrieb, der die produzierte Wärme aus einem Blockheizkraftwerk selbst nutzt, muss demnach einen fiktiven Wert von 0,10 bis 0,15 Euro pro Kilowattstunde Wärme ansetzen. Kritiker sehen in diesem Entwurf die Gefahr, dass Betriebe wieder verstärkt auf fossile Energieträger setzen, da eine Regelung nach dem Entwurf des BMF steuerliche Mehrbelastungen für viele BHKW-Betreiber bedeuten würde.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung dieses Vorhaben des Bundesfinanzministeriums, und plant sie, sich eventuell selbst und, wenn ja, in welcher Form, in dieses laufende Verfahren einzubringen?
2. Welche Auswirkungen könnte die geplante Umsatzsteuer auf die Wärmeabgabe für die KWK-Anlagenbetreiber haben, und wie viele Anlagenbetreiber in Niedersachsen könnten von dieser Regelung betroffen sein?
3. Gibt es aus Sicht der Landesregierung eine alternative sinnvollere Bemessungsgrundlage und, wenn ja, welche?

41. Abgeordnete Christian Grascha, Jan-Christoph Oetjen, Dr. Marco Genthe und Jörg Bode (FDP)

Abfrage von Kontodaten

Im Jahr 2013 sollen Behörden in Deutschland nach Presseberichten in 142 000 Fällen Kontodaten eingesehen haben. Dieses würde im Vergleich zum Jahr 2012 einen Anstieg um 100 % und seit der Einführung im Jahr 2005 einen Anstieg um das Fünfzehnfache bedeuten.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie viele dieser Kontoabfragen haben in Niedersachsen stattgefunden?
2. Aus welchen Gründen wurden die Daten durch welche Behörden abgefragt?

3. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um diesem Trend des immer häufigeren behördlichen Zugriffs auf private Kontodaten entgegenzuwirken?

42. Abgeordnete Björn Försterling, Almuth von Below-Neufeldt, Sylvia Bruns, Christian Dürr und Christian Grascha (FDP)

Zukunft der Hochschulfinanzierung

Im FAZ-Artikel „Angst vor dem Gießkannenprinzip“ vom 10. April 2014 werden die aktuellen bildungspolitischen Planungen von Bundesbildungsministerin Johanna Wanka dargelegt. Demnach plane sie, die Pauschalen für Drittmittelprojekte zu kürzen und diese dann über die Länder mitfinanzieren zu lassen. Die Hochschulen erhalten im Rahmen der Forschungsförderung der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) diese Programmpauschalen, um indirekte Kosten eines Forschungsprojektes wie Verwaltungspersonal, Informationstechnologie, Räume und Energie bezahlen zu können. Die Hochschulen erhalten einen Zuschlag von 20 % auf die direkten Projektausgaben.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Konsequenzen haben diese Forderungen auf die Hochschulen in Niedersachsen, und sieht die Landesregierung mögliche negative Auswirkungen bei einer Neuausrichtung der Finanzierung, die ganze Fakultäten gefährden?
 2. Wie viele und welche Projekte laufen derzeit, die aus Pauschalen für Drittmittelprojekte mitfinanziert sind?
 3. Wie steht die Landesregierung zu den Forderungen von Bundesbildungsministerin Johanna Wanka?
43. Abgeordnete Björn Försterling, Almuth von Below-Neufeldt, Sylvia Bruns, Christian Dürr und Christian Grascha (FDP)

Wissenschaftsfreiheitsgesetz für Niedersachsen?

Grundlegend für wissenschaftlichen Fortschritt, Innovation und Wohlstand ist die Freiheit von Wissenschaft und Forschung. Die Basis dafür bildet das von Union und FDP initiierte Wissenschaftsfreiheitsgesetz, das am 18. Oktober 2012 vom Bundestag beschlossen worden und am 12. Dezember 2012 in Kraft getreten ist.

Geregelt werden in dem von Union und FDP auf den Weg gebrachten Gesetz u. a. die Autonomie der Bereiche Haushalt, Personal, Beteiligungen und Bauverfahren. Damit werden für die Wissenschaftseinrichtungen notwendige und wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen geschaffen. Unter anderem zählen dazu Globalhaushalte, Flexibilität bei der Gewährung von Zulagen im Personalbereich oder auch die Übertragung der Selbstständigkeit und Eigenverantwortung bei Bauvorhaben.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Plant die Niedersächsische Landesregierung die Überführung des von Union und FDP initiierten Gesetzes auf die Landesgesetzgebung und wenn ja, wann?
2. Wie gestaltet sich die Übertragung des Wissenschaftsfreiheitsgesetzes auf die niedersächsische Landesgesetzgebung inhaltlich, und in welchen Bereichen sollen die Wissenschaftseinrichtungen explizit mehr Freiheit und Spielraum erhalten?
3. Welche Vorhaben plant die Niedersächsische Landesregierung für die Freiheit und Eigenständigkeit der Hochschulen in Niedersachsen?

44. Abgeordnete Dr. Gero Hocker, Hermann Grupe und Hillgriet Eilers (FDP)

Welchen Einfluss haben Fischereivereine auf die Qualität von Baggerseen?

Einer Studie des Leibniz-Instituts für Gewässerökologie und Binnenfischerei in Berlin zufolge haben Baggerseen eine vergleichbar große Fischvielfalt wie natürliche Seen. Die Analyse verglich natürlich während der Eiszeit entstandene Seen in Brandenburg mit niedersächsischen Baggerseen. Alle Baggerseen wurden von Fischereivereinen gepflegt und bewirtschaftet.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Nutzung ehemaliger Kiesabbauflächen als Angelgewässer?
2. Inwieweit unterstützt die Landesregierung die Arbeit der Angelvereine für die nachhaltige Hege und Pflege der Gewässer und die Förderung der Artenvielfalt in Baggerseen?
3. Wie bewertet die Landesregierung die aktive Arbeit der Angelvereine zur langfristigen Vereinbarkeit von Naturschutz und nachhaltiger angelfischereilicher Nutzung?

45. Abgeordnete Christian Grascha, Dr. Gero Hocker und Jörg Bode (FDP)

Europäische Bankenabgabe

Presseberichten zufolge (z. B. *FAZ*, 29. April 2014) kommen mit der europäischen Bankenabgabe auf die deutschen Kreditinstitute neben der deutschen Bankenabgabe beträchtliche Mehrkosten zu. Im Vergleich zur jetzigen nationalen Bankenabgabe könnte sich die Belastung sogar verdreifachen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um auf die Festlegung der genauen Höhe der europäischen Bankenabgabe im Sinne der Nord/LB Einfluss zu nehmen?
2. Welche Modellrechnungen existieren zur künftigen Belastung der Nord/LB durch die europäische Bankenabgabe?
3. Welche Maßnahmen wurden bereits ergriffen bzw. sind geplant oder denkbar, um einen negativen Einfluss der europäischen Bankenabgabe auf die Ertragslage der Nord/LB zu verhindern?

46. Abgeordnete Jan-Christoph Oetjen, Dr. Marco Genthe und Dr. Stefan Birkner (FDP)

Einsatzfähigkeit des Wasserwerfers Wawe 10

Wie verschiedenen Presseberichten zu entnehmen war, ist der neue Wasserwerfer Wawe 10 bei einer realitätsnahen Übung der Thüringer Polizei von den eigenen Leuten beschädigt worden.

Nach Angaben der Landespolizeidirektion haben Beamte der Bereitschaftspolizei im Rahmen der Übung den Wasserwerfer mit Wurfgeschossen attackiert, wodurch es zu drei faustgroßen Schäden an der Polycarbonat-Panzerverglasung des Einsatzfahrzeuges gekommen ist.

Ein solcher Schaden ist überraschend, zumal bei der Übung nicht Steine, sondern Eier, Tennisbälle und halb gefüllte PET-Flaschen (0,5 l) verwendet wurden.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie sind die bisherigen Erfahrungen mit dem Wasserwerfer Wawe 10 in Niedersachsen, insbesondere in Hinblick auf die Effektivität und „Robustheit“ des Fahrzeugs?
2. Haben in Niedersachsen vergleichbare Versuche wie in Thüringen stattgefunden und, wenn ja, wie war das Ergebnis?
3. Wie bewertet die Landesregierung die Einsatzfähigkeit des neuen Wasserwerfers vor dem Hintergrund der Thüringer - und gegebenenfalls eigener - Erfahrungen?

47. Abgeordnete Sylvia Bruns, Almuth von Below-Neufeldt, Björn Försterling, Christian Dürr, Jan-Christoph Oetjen und Hillgriet Eilers (FDP)

Berufliche Migration

Seit dem Jahr 2007 sind nach Angaben der Bundesregierung 16 882 in Deutschland ausgebildete Ärzte ins Ausland abgewandert. Davon gingen 4 269 in die Schweiz, 1 659 nach Österreich und 1 041 Ärzte wanderten in die USA aus.

In Deutschland schlägt den Angaben zufolge ein Medizinstudium (Humanmedizin) im Schnitt mit 193 000 Euro an Ausbildungskosten bis zum Staatsexamen zu Buche.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie viele Ärztinnen und Ärzte sind seit 2007 in Niedersachsen ausgebildet worden, und wie viele haben Niedersachsen verlassen?
 2. In welchen Bereichen haben diese nach Kenntnis der Landesregierung gearbeitet (stationär, ambulant, hausärztlich, fachärztlich)?
 3. In welche Länder bzw. Bundesländer sind diese Mediziner überwiegend gegangen, und wie viele sind aus anderen Ländern bzw. Bundesländern nach Niedersachsen gekommen?
48. Abgeordnete Dr. Stefan Birkner, Dr. Gero Hocker und Jan-Christoph Oetjen (FDP)

Minister Wenzel und die Elbvertiefung

Nach einem Bericht in der *Nordsee-Zeitung* vom 13. Januar 2014 hat sich die Kreisgruppe Cuxhaven des BUND mit einem offenen Brief an Umweltminister Wenzel gewandt und ihn aufgefordert die Haltung der rot-grünen Landesregierung zur Elbvertiefung klarzustellen. So habe Minister Wenzel in einem Gespräch mit Vertretern der Stadt Cuxhaven noch im April 2013 der Vorgängerregierung vorgeworfen, sich ohne eigene Prüfung auf die Unterlagen der Träger des Vorhabens verlassen zu haben. Auch habe er eine juristische Prüfung gefordert, ob das Land nicht sogar verpflichtet sei, das Einvernehmen nicht zu erteilen. Die Kreisgruppe des BUND möchte laut Zeitungsbericht nun wissen, warum Herr Minister Wenzel seinen damaligen Ankündigungen keine Taten folgen lasse. Auf die schriftliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Gero Hocker und Dr. Stefan Birkner (FDP) vom 4. Februar 2014 (Drucksache 17/1363) antwortete die Landesregierung in diesem Zusammenhang, dass „es nicht nachvollziehbar ist, auf welche Quelle sich der Fragesteller stützt“.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Sind ihr der Bericht in der *Nordsee-Zeitung* vom 13. Januar 2014 mit der Überschrift „Elbvertiefung: Brief an Minister Wenzel“ und der entsprechende Brief bekannt?
2. Hat Minister Wenzel die in der Einleitung wiedergegebenen Aussagen in dem Gespräch mit den Vertretern der Stadt Cuxhaven gemacht?
3. Teilt sie folgende Aussage des Abgeordneten Stefan Wenzel aus der Plenarsitzung vom 21. März 2012: „Angesichts der Tatsache, dass wir es mit einem erheblich veränderten Wasserkörper mit größtenteils mäßigem bis schlechtem Unterhaltungszustand zu tun haben, ist eine weitere Verschlechterung schlicht und einfach nicht zulässig. (...) Sie haben nicht nur die rechtlichen Möglichkeiten, Nein zu sagen. Sie müssen aufgrund der Rechtslage sogar Nein sagen, (...)“?

49. Abgeordnete Horst Kortlang, Christian Grascha und Jörg Bode (FDP)

Weshalb wurde das Ziel der EU-Förderung verfehlt?

In der Drucksache 17/1390, Seite 73, antwortet die Landesregierung, dass „eine fehlende Steuerung in der Landesförderpolitik mit dazu beigetragen (hat), dass die eigentliche Zielsetzung der EU-Kohäsionspolitik verfehlt wurde.“ Dies widerspricht der Aussage von Ministerpräsident Weil zum gleichen Sachverhalt im März-Plenum 2014 zu TOP 18 a. „Und dann kann ich nur noch einmal wiederholen, was ich ebenfalls diverse Male gesagt habe: Niemand behauptet, dass Mittel falsch verteilt worden sind ... in dem Sinne, dass damit nichts Sinnvolles gemacht worden sei.“

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die EU-Mittelvergabe und das Engagement der beteiligten Akteure in der Förderperiode 2007 bis 2013 bezüglich der Sinnhaftigkeit?
 2. Wie werden sich die noch zu erstellenden Handlungsstrategien im Sinne einer vorausschauenden Planung zur Verknüpfung der wichtigen Handlungsfelder als wichtiges Bindeglied zwischen der Förderpolitik und der regionalen Landesentwicklung inhaltlich im Sinne eines Strategiemangement (Beobachtung, Analyse, Entscheidung) aufbauen, damit die Zielsetzung der EU-Kohäsionspolitik diesmal nicht verfehlt wird?
 3. Was versteht die Landesregierung konkret unter positiven Impulsen für eine nachhaltige Entwicklung in allen Teilen Niedersachsens, und nach welchen Parametern will die Landesregierung eine gerechte und gleichrangige Entwicklung aller Landesteile messen?
50. Abgeordnete Gabriela König, Christian Grascha und Jörg Bode (FDP)

Sind PPP-Finanzierungen bei Autobahnbauprojekten in Niedersachsen ein „krimineller Akt“, ein „Kniefall vor der Bau- und Finanzindustrie“ oder „grundsätzlich alternative Finanzierungsmöglichkeiten“?

Die Landesregierung führt in der Drucksache 17/1403 aus, dass der Bundesfernstraßenetat einen engen Spielraum besitzt. Vor diesem Hintergrund und dem grundsätzlichen Interesse, dass die in Rede stehende Baumaßnahme - hier die feste Elbquerung im Verlauf der geplanten A 20 - „möglichst bald gebaut wird“, bringt die Landesregierung alternative Finanzierungsmöglichkeiten ins Gespräch. Abgeordnete der Regierungskoalition bezeichnen die abschnittsweise privatfinanzierte Realisierung der A 7 als kriminellen Akt (siehe u. a. *Göttinger Tageblatt* vom 18. März 2014 oder *HNA* vom 17. März 2014). Im Koalitionsvertrag nehmen die Vertragsparteien eine Mittelposition zu PPP-Projekten ein, indem sie sie als „risikoreich“, „ungeeignet zur Finanzierung staatlicher Aufgaben“, aber auch als „eine Option“ (Koalitionsvertrag Seite 21) bezeichnen. Nachdem die gesamte rot-grüne Landesregierung und weite Teile der Regierungskoalition die Bedeutung der hafenrelevanten Verkehrsprojekte A 20 und A 39 erkannt haben (Drucksachen 17/1403 und 17/434) und selbst Minister Stefan Wenzel - Stichwort „Elbvertiefung“ - „in einer gut funktionierenden Hafeninfrastruktur die wirtschaftliche Entwicklung Niedersachsens“ anerkennt (Drucksache 17/1408), besteht Klärungsbedarf bezüglich der künftigen Finanzierung von Infrastrukturprojekten in Niedersachsen. Institutionelle Anleger stünden für die Finanzierung von dringend benötigten Infrastrukturen bereit, während es zeitgleich im Verkehrsbereich einen milliardenschweren staatlichen Investitionsstau (7,2 Milliarden Euro/Jahr) gibt. Dies wurde auch auf der Verkehrsministerkonferenz in Leipzig thematisiert, wobei hier die Schaffung eines steuerfinanzierten „Sondervermögens“ gefordert worden ist. Insgesamt gilt die Infrastruktur in Deutschland noch als ein Standortvorteil für Unternehmen und damit auch für die Wirtschaftsleistung. Untersuchungen bescheinigen, dass sich Investitionen in die Infrastruktur bereits nach vier bis fünf Jahren durch eine gesteigerte Wirtschaftsleistung amortisieren würden.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie steht die Landesregierung zu einem PPP-Finanzierungsmodell bezüglich der geplanten festen Elbquerung im Rahmen der A 20, um eine zeitnahe Realisierung zu bewerkstelligen?

2. Kann sich die Landesregierung eine Realisierung einzelner Infrastrukturprojekte, z. B. Straßenbauprojekte der „Ahrensburger Liste“, die eine besondere hafenrelevante Bedeutung für Norddeutschland haben, als PPP-Projekt vorstellen? Wenn ja, welche und unter welchen Umständen? Wenn nicht, warum nicht?
3. Wie wirken sich nach Auffassung der Landesregierung Investitionen in Verkehrsinfrastrukturen mittel- bis langfristig auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit von Niedersachsen aus, und was wird die Landesregierung diesbezüglich unternehmen?

51. Abgeordnete Dr. Marco Genthe und Dr. Stefan Birkner (FDP)

Heiko Maas - Einführung von ergänzenden Strafzumessungsgründen

Der Bundesminister der Justiz, Heiko Maas, plant zurzeit eine Änderung des § 46 des Strafgesetzbuchs (StGB). Ein entsprechender Gesetzentwurf enthält eine textliche Ergänzung, wonach insbesondere „rassistische, fremdenfeindliche oder sonstige menschenverachtende“ Motive strafverschärfend sein sollen. Diese Motive sollen also von den Gerichten bei der Strafzumessung zukünftig stärker berücksichtigt werden.

Rechtsexperten kritisieren vor allem den Begriff „menschenverachtend“. Dieser sei zu unbestimmt, da der Begriff „menschenverachtend“ sehr subjektiv sei. Die Entscheidung darüber, ob sich eine Straftat über das Kriterium „sonstige menschenverachtende“ Motive für eine höhere Strafzumessung qualifiziert, würde somit stark von der individuellen Einschätzung des befassten Richters abhängen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung den Gesetzentwurf, insbesondere in Hinblick auf die neu einzuführenden Motive, die bei der Strafzumessung berücksichtigt werden sollen?
2. Wie bewertet die Landesregierung die Formulierung „sonstige menschenverachtende“ Motive hinsichtlich des Bestimmtheitsgebotes?
3. Wird die Landesregierung einen Gesetzentwurf unterstützen, der die oben genannten Motive bei der Strafzumessung nach § 46 StGB ergänzt?

52. Abgeordnete Dr. Gero Hocker, Dr. Stefan Birkner, Hermann Grupe und Christian Grascha (FDP)

Netzausbau in Niedersachsen

Unter Bezugnahme auf die Antwort der Landesregierung vom 24. März 2014 auf die Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung der Abgeordneten Dr. Gero Hocker und Dr. Stefan Birkner (FDP), Drucksache 17/1400, fragen wir die Landesregierung:

1. Was versteht die Landesregierung konkret unter „ökologisch sinnvoller“ Erdverkabelung, der sie nach ihrer Antwort auf Frage 5 dort, wo es rechtliche möglich ist, Priorität geben möchte?
2. Wie genau will die Landesregierung „ökologisch sinnvoller“ Erdverkabelung Priorität geben und sicherstellen, dass dies in der Bundesfachplanung und im anschließenden Planfeststellungsverfahren Rechnung berücksichtigt wird?
3. Wie setzt sich die in der Antwort zu Frage 11 genannte „ressortübergreifende Arbeitsgruppe“ konkret zusammen, und wie sehen das Arbeitsprogramm sowie der hierzu unterlegte Zeitplan der Arbeitsgruppe im Detail aus?

53. Abgeordnete Gabriela König, Dr. Gero Hocker, Dr. Stefan Birkner und Dr. Marco Genthe (FDP)

Netzausbauprojekte in Niedersachsen - Staatssekretär Beckmeyer

Die *Neue Osnabrücker Zeitung* berichtet in ihrer Ausgabe vom 25. April von einem Besuch des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundeswirtschaftsministerium, Uwe Beckmeyer (SPD), in Osnabrück und Melle. Während seines Besuchs habe Uwe Beckmeyer die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger hinsichtlich möglicher Erdverkabelungen gedämpft.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Teilt die Landesregierung folgende Antworten Beckmeyers an die Bürger in Osnabrück-Voxtrup und Melle-Wellingholzhausen zur Erdverkabelung: „Sie sind nicht die einzigen Menschen in der Republik (...) Wir können nicht hier ein Feuer löschen und damit anderswo einen Flächenbrand auslösen. (...) Diese Sensibilität ist keine Antwort, dass wir hier überall Erdkabel verlegen“. Es gehe „um den Standort Deutschland“ und die Energiewende. Gleichwohl wolle er „überlegen, wie man den Menschen vor Ort helfen kann“?
 2. Teilt die Landesregierung die Aussage Beckmeyers, dass eine Änderung des EnLAG, das die gesetzliche Grundlage für die Arbeit des Übertragungsnetzbetreibers Amprion darstellt, nicht auszuschließen sei? Falls ja, wie gedenkt die Landesregierung sich bei einer möglichen Änderung des EnLAG einzubringen?
 3. Welche konkreten Initiativen hat die Landesregierung bisher ergriffen und beabsichtigt sie noch zu ergreifen, um die Option der Erdverkabelung beim Energieleitungsausbau generell zu eröffnen?
54. Abgeordnete Hermann Grupe, Björn Försterling und Christian Grascha (FDP)

Wie wird die Braunschweiger Landessparkasse noch „sparkassiger“, z. B. in Golmbach?

In der *Braunschweiger Zeitung*, Ausgabe vom 4. April 2014, wird Finanzminister Schneider mit dem Ausspruch „Die Braunschweiger Landessparkasse wird noch braunschweigischer und noch sparkassiger“ zitiert. Die Braunschweiger Landessparkasse gewinnt eine größere Eigenständigkeit gegenüber ihrer „Mutter“, der NORD/LB. Dies verkündete am 3. April 2014 der Aufsichtsratsvorsitzender der NORD/LB, Finanzminister Schneider. Die Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, den negativen Entwicklungen des demografischen Wandels, schwerpunktmäßig in Südniedersachsen, entgegenzuwirken. Dies soll vorrangig auch durch die Sicherung der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum geschehen. Die Braunschweiger Landessparkasse hat ihren personalbezogenen Filialbetrieb in Golmbach bereits am 2. Mai 2003 eingestellt und auf Automaten umgestellt. Diese Automaten (SB-Terminals), die vorrangig die durch den demografischen Wandel gezeichnete und zum Teil immobile Bevölkerung in Golmbach und den umliegenden Dörfern versorgt haben, sind Anfang des Jahres demontiert worden. Es gibt derzeit keine Versorgung der Kunden der Braunschweiger Landessparkasse von Golmbach, Warbsen, Lütgenade, Hohenberg und Negenborn. Die nächste Filiale zur Bargeldversorgung ist über zehn Kilometer entfernt.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Hat die Landesregierung Kenntnis von den Vorgängen über den Abbau der SB-Terminals der Braunschweiger Landessparkasse in Golmbach?
2. Was gedenkt die Landesregierung z. B. über den Landesbeauftragten für Südniedersachsen oder den Aufsichtsratsvorsitz in der NORD/LB zur Verbesserung der Situation der Bevölkerung in Golmbach und Umgebung bei Geldgeschäften mit der Braunschweiger Landessparkasse zu tun?
3. Was unternimmt die Landesregierung vor dem Hintergrund des demografischen Wandels in Südniedersachsen, um die Daseinsvorsorge im Sparkassenbereich, also das Filialnetz, im Sinne der Kunden zu erhalten?

55. Abgeordnete Abgeordneten Sylvia Bruns, Almuth von Below-Neufeldt, Björn Försterling und Christian Dürr (FDP)

Verkauf des Rhön-Klinikums Hildesheim

Wie der *Hildesheimer Zeitung* zu entnehmen war, wird das Rhön-Klinikum Hildesheim an Fresenius Helios verkauft. Teil des Klinikums ist ein Neubau, der seitens des Landes mit mehreren Millionen Euro bezuschusst wurde.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Steigen durch den von Fresenius Helios gezahlten Kaufpreis die kalkulatorischen Betriebskosten, da ja nun gegebenenfalls eine höhere Investition finanziert und abgeschrieben werden muss?
 2. Führt dieses Modell zu Steuermindereinnahmen, da der erhöhte Kaufpreis abgeschrieben werden kann und somit (indirekt) der Erstellungspreis zweimal (zum einen über Investitions-subvention und zum anderen über die Steuerminderung der Abschreibung) finanziert wird?
 3. Ist es möglich, dass durch die gestiegenen kalkulatorischen Betriebskosten (siehe 1) die Gesamtkosten der Krankenhäuser in Niedersachsen steigen, und, wenn ja, kann das auch Auswirkungen auf die Fallpauschalen und den Landesbasisfallwert haben?
56. Abgeordnete Jörg Bode, Herman Grupe, Christian Grascha und Horst Kortlang (FDP)

Wer hat die Antwort von Herrn Dr. Mielke verändert?

In der Drucksache 17/1390, Antwort zur lfd. Frage 6 Nr. 3, antwortet die Landesregierung, dass es ein Südniedersachsenprogramm gibt und dass man bereits mit den kommunalen Partnern „die Vorbereitung zur Umsetzung des Südniedersachsenprogramms binnen Jahresfrist weit voran getrieben (hat)“. Es fehlt lediglich die Genehmigung der zur Finanzierung der Projekte erforderlichen operationellen Programme, die sich allerdings noch in der Aufstellung durch die Landesregierung befinden. Die Antwort der Landesregierung in der Drucksache 17/1390 zur lfd. Frage Nr. 6 unterscheidet sich von der Antwort der Landesregierung an die Abgeordneten - Zeichen: 401-06025/4.2 - zur gleichen Fragestellung. In der Drucksache 17/1390 fehlt folgender Satz: „Deshalb wird die Landesregierung den Raum Südniedersachsen über die EU-Förderung hinaus auch in den jeweiligen Fachprogrammen besonders berücksichtigen.“

Wir fragen die Landesregierung:

1. Was meint der Unterzeichner mit der Formulierung: „Deshalb wird die Landesregierung den Raum Südniedersachsen über die EU-Förderung hinaus auch in den jeweiligen Fachprogrammen besonders berücksichtigen.“, und weshalb fehlt dieser für Südniedersachsen wichtige Satz in der offiziellen Drucksache 17/1390?
2. Auf welcher Datengrundlage und auf welchen Werten (Art und Höhe) beruht die Aussage: „Aufgrund dieser besonderen regionalen Situation ist diese Ausgangslage der südlichen Landkreise Niedersachsens nicht auf andere niedersächsische Landkreise übertragbar“ (Drucksache 17/1390, Seite 8)?
3. Gibt es mit Bezug auf das NIW-Gutachten „Basisanalyse zur Identifizierung spezifischer Handlungsbedarfe für fünf Regionen in Niedersachsen“ (<http://www.niw.de/index.php/publikationen-detailseite/items/929.html>) und unter Berücksichtigung der Berichterstattung der HAZ vom 2. April 2014 „Der Süden ist in einem Abwärtssog“ weitere Landkreise in Niedersachsen, die eine vergleichbare Situation wie in den fünf Kernlandkreisen von Südniedersachsen aufweisen? Wenn ja, welche, und fallen diese dann auch unter das Südniedersachsenprogramm?

57. Abgeordnete Hillgriet Eilers, Sylvia Bruns, Almuth von Below-Neufeldt, Björn Försterling und Christian Dürr (FDP)

Kriterien des Projekts Willkommenskultur

Niedersachsen will mit einem Pilotprojekt in den Ausländerbehörden von neun Städten und Landkreisen die Willkommenskultur für Zuwanderer verbessern. Ein Politologe und Experte für Migration soll das auf anderthalb Jahre angelegte Projekt wissenschaftlich begleiten.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Kommunen haben sich um die Teilnahme an dem Projekt beworben, und welche Kommunen wurden angenommen?
 2. Nach welchen Kriterien fand die Auswahl statt, und aus welchen Gründen konnten (jeweils) die nicht angenommenen Kommunen nicht teilnehmen?
 3. Wie genau sollen die Projekte dokumentiert werden, und wie genau soll diese Dokumentation - und damit der Fortschritt der Projekte - transparent gemacht werden?
58. Abgeordnete Dr. Marco Genthe, Dr. Stefan Birkner und Jan-Christoph Oetjen (FDP)

Gute Kriminalität? Innenminister Boris Pistorius zu der Kriminalitätsstatistik

In Niedersachsen sind im Jahr 2013 mehr politisch motivierte Straftaten erfasst worden. Im Vergleich zu 2012 ist deren Anzahl um 32 % angestiegen. Wurden im Jahr 2012 noch etwa 2 500 politisch motivierte Straftaten erfasst, so ist deren Anzahl 2013 auf etwa 3 300 gestiegen. Diese Zahlen ergeben sich aus der kürzlich von Landesinnenminister Boris Pistorius vorgestellten Statistik zu politisch motivierten Straftaten.

Für den Anstieg sieht Pistorius neben Bundestagswahl und Landtagswahlen auch den Trauermarsch in Bad Nenndorf am 3. August 2013. Auf die drei Anlässe entfielen etwa 1 100 Straftaten. Aufgrund des hohen Anteils der drei Anlässe an der Gesamtzahl politisch motivierter Straftaten forderte Innenminister Pistorius eine Überarbeitung der Qualifizierungsmerkmale für die Statistik. „Die wirklich bedrohlich motivierte Kriminalität dürfe nicht verwässert werden und im schlimmsten Fall unentdeckt bleiben, weil sie in einen Topf mit singular auftretendem bürgerlichen Protest geworfen wird“, führte der Minister aus.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Form der Kriminalität meint Minister Pistorius mit „singular auftretendem bürgerlichen Protest“?
 2. Wie bewertet Innenminister Pistorius die Straftaten, die im Rahmen eines Protestes gegen eine genehmigte Demonstration am 3. August 2013 in Bad Nenndorf aufgetreten sind, und inwieweit hält er diese für gesellschaftlich wertvoll?
 3. Welche Kategorien politisch motivierter Straftaten kann sich die Landesregierung bei einer differenzierten Erfassung vorstellen?
59. Abgeordnete Horst Kortlang, Dr. Marco Genthe und Jan-Christoph Oetjen (FDP)

Vorschläge der Polizeigewerkschaft - Freie Heilfürsorge für Polizeibeamte wieder einführen?

Die Deutsche Polizei Gewerkschaft (DPoIG) und die Gewerkschaft der Polizei (GdP) forderten unlängst die Wiedereinführung der Heilfürsorge bei niedersächsischen Polizeibeamten. Diese ist in Niedersachsen für Polizeibeamte, die ab dem 1. Februar 1999 eingestellt wurden, abgeschafft worden. Bestätigung dieser Haltungen erfuhren die Gewerkschaften aus dem Bundesland Hamburg, welches die Beamtenfürsorge mit einem Eigenanteil von 1,6 % wieder einführte. Innenminister Boris Pistorius sagte die Prüfung der Wiedereinführung der freien Heilfürsorge zu.

Die DPoIG rechnete unlängst vor, dass es ihrer Ansicht nach zu keiner negativen Beeinträchtigung des Landeshaushalts käme, würde die Heilfürsorge wieder eingeführt. Zusätzlich zu der Haushaltsneutralität des Vorhabens würden die Polizeibeamte mit etwa 100 Euro im Monat durch geringere Kosten für die Gesundheitsversorgung entlastet.

Die Landesregierung hat auf eine Anfrage (Drs. 17/1437) bereits Stellung zur Heilfürsorge genommen. Aus Sicht der FDP-Fraktion ergeben sich aus der Antwort weitere Fragen, insbesondere zu den finanziellen Aspekten einer Wiedereinführung.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche konkreten Unterschiede gibt es zwischen den Systemen der Heilfürsorge in Hamburg und Niedersachsen?
2. Mit welchen konkreten Kosten ist bei der Wiedereinführung der Heilfürsorge für Polizeibeamte in Niedersachsen zu rechnen (bitte nach Verwaltungskosten und möglichen jährlichen Kosten aufschlüsseln)?
3. Welchen Zeitplan verfolgt die Landesregierung bei der Prüfung einer möglichen Wiedereinführung der Heilfürsorge in Niedersachsen, und wann kann mit einem Zwischenstand gerechnet werden?

60. Abgeordnete Christian Dürr, Christian Grascha, Jörg Bode, Dr. Marco Genthe und Dr. Gero Hocker (FDP)

Was kostete die Feier anlässlich des 70. Geburtstages von Alt-Bundeskanzler Gerhard Schröder den niedersächsischen Steuerzahler?

Laut Presseberichterstattung wurde Alt-Bundeskanzler Gerhard Schröder anlässlich seines 70. Geburtstages zu einem Empfang von Ministerpräsident Weil eingeladen. Zwischen 20 und 30 Personen sollen am 30. April im Gästehaus der Landesregierung zur Feier erschienen sein.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wer stand auf der Gästeliste für den Empfang im Gästehaus der Landesregierung anlässlich des 70. Geburtstages von Gerhard Schröder?
2. Wie hat sich der Ablauf des Geburtstagsempfangs, einschließlich Speisen und Getränken, dargestellt?
3. Welche Kosten sind dem Land Niedersachsen anlässlich des Geburtstagsempfangs entstanden?

61. Abgeordnete Almuth von Below-Neufeldt, Dr. Gero Hocker, Dr. Stefan Birkner und Gabriela König (FDP)

Netzstabilität sicherstellen, Pläne der BNetzA

Die Welt zitiert in ihrer Onlineausgabe vom 9. April aus dem Bericht der Bundesnetzagentur zur „Sicherstellung der Versorgungssicherheit mit elektrischer Energie in Süddeutschland im Winter 2015/2016“ wie folgt: „Ebenfalls wurde die Annahme nachgereicht, wonach vom Betrieb des französischen Kernkraftwerks Fessenheim im Winterhalbjahr 2015/2016 auszugehen ist, und die Bedarfsrechnung entsprechend angepasst.“

Laut *Welt* werde damit erstmals amtlich festgestellt, „dass zumindest Süddeutschland vorerst weiterhin auf Atomstrom angewiesen ist. Nur wird dieser Atomstrom nun nicht mehr aus einem relativ sicheren deutschen, sondern einem vergleichsweise unsicheren französischen Atomkraftwerk kommen.“

Weiter zitiert die *Welt* in ihrer Onlineausgabe vom 10. April aus dem Bericht, dass die Ausschreibung zum Bau des ersten staatlichen Kraftwerkprojektes der Nachkriegszeit bereits von der Bundesnetzagentur vorbereitet werde.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung vor dem Hintergrund des 13. Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes die o. g. Aussage der Bundesnetzagentur, das französische Kernkraftwerk Fessenheim zur Stabilisierung des Stromnetzes und Abwendung eines Stromausfalls in Süddeutschland als Reserve in die Bedarfsrechnung für das Winterhalbjahr 2015/2016 einzubeziehen?
2. Wie bewertet die Landesregierung die Pläne der Bundesnetzagentur für ein „Staatskraftwerk“ und dessen Bedeutung für den Energiemarkt?
3. Wie bewertet die Landesregierung die Versorgungssicherheit mit elektrischer Energie in Niedersachsen für die Winter 2014/2015 und 2015/2016?

62. Abgeordnete Almuth von Below-Neufeldt, Sylvia Bruns, Björn Försterling, Christian Dürr und Hillgriet Eilers (FDP)

Rückforderungen beim Bildungs- und Teilhabepaket

Im April ist beim Niedersächsischen Sozialministerium eine Mitteilung des Bundessozialministeriums eingegangen, wonach dieses 21 Millionen Euro zurückfordern will, die niedersächsische Kommunen im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes (BuT) bereits ausgegeben haben. Die Sozialministerin kündigte an, gegen die Rückforderung des Bundes Widerspruch einzulegen und in Abstimmung mit Nordrhein-Westfalen eine Klage gegen den Bund vor dem Bundessozialgericht vorzubereiten.

Hintergrund der Rückforderung ist die Tatsache, dass der Bund für 2012 monatliche Beträge mit der Maßgabe an die Länder gezahlt hatte, dass diese Mittel zweckentsprechend zu verwenden sind. Bei der Spitzabrechnung des Jahres 2012 stellte der Bund fest, dass nur in Bremen und Hamburg die kompletten Mittel bis zum 31.12.2012 ausgegeben worden waren - in allen anderen Ländern hatten die Kommunen einen Teil des Geldes erst 2013 ausgegeben. In Niedersachsen wurden insgesamt 21 Millionen Euro erst nach dem Jahreswechsel ausgegeben.

Wir fragen die Landesregierung:

1. In welcher Höhe haben die Landkreise, die kreisfreien Städte bzw. die Region Hannover Mittel für das Jahr 2012 erst im Jahr 2013 ausgegeben?
2. Welche Auswirkungen hätte eine Entscheidung zugunsten des Bundes auf die jeweiligen Gebietskörperschaften, müssten gegebenenfalls sogar Leistungen wie Sportvereins-Mitgliedschaften, Lernförderung, Schulausflüge oder Schulmittagessen für Kinder aus Familien mit geringem Einkommen gekürzt oder eingestellt werden?
3. Plant das Land im Falle einer Entscheidung zugunsten des Bundes die betroffenen Kommunen zu unterstützen, und, wenn ja, in welcher Höhe?

63. Abgeordnete Jan-Christoph Oetjen, Almuth von Below-Neufeldt, Dr. Stefan Birkner, Dr. Gero Hocker, Hermann Grupe, Sylvia Bruns und Christian Grascha (FDP)

SuedLink - Alternativer Trassenkorridor der Landesregierung

Die Landesregierung erwägt laut Presseberichten vom 7. Februar 2014, einen eigenen alternativen Trassenkorridor zu SuedLink zu erarbeiten. In ihrer Antwort auf eine Anfrage der FDP-Fraktion (Drs. 17/1400) bleibt die Landesregierung jedoch eine konkrete Antwort schuldig.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wird die Landesregierung einen eigenen Trassenkorridor erarbeiten?
2. Falls ja, wann wird diese Erarbeitung fertiggestellt sein?

3. Wie wird die Landesregierung sicherstellen, dass die betroffenen Bürgerinnen und Bürger, die betroffenen Kommunen und der Landtag an der Erarbeitung eines alternativen Trassenkorridors beteiligt werden bzw. sich beteiligen können?

64. Abgeordneter Martin Bäumer (CDU)

Hält der Umweltminister den Atommüllwischlappen für eine Auszeichnung seiner Politik?

Nach einem Bericht aus dem *Göttinger Tageblatt* vom 30. April 2014 hat Umweltminister Wenzel am 28. April 2014 von der Göttinger Anti-Atomkraft-Initiative den „saugfähigen Plutonium-Atommüll-Wischlappen“ erhalten. Dies erfolge nach Angaben in der genannten Zeitung für „besondere Verdienste des mutigen Minister-Waschlappen um den weiteren Einbau hochgefährlicher plutoniumhaltiger Brennelemente im Atomkraftwerk Grohnde.“ Weiter heißt es in dieser Tageszeitung: „Als Träger der Auszeichnung könne der Wenzel für sich in Anspruch nehmen, die Aktivisten und Wähler getäuscht zu haben.“

Nach Medienangaben richtete sich der Vorwurf der Mitglieder der Initiative dagegen, dass sich die Grünen noch vor der Landtagswahl für ein Verbot von MOX-Brennelementen ausgesprochen hätten, jetzt aber den vorgesehenen Einbau in Grohnde nicht verhindern würden. Umweltminister Wenzel hat in der oben genannten Zeitung gesagt: „Es muss alles getan werden, die Nutzung der Atomkraft zu unterbinden.“

Vor dem Hintergrund, dass die Aktivisten weitere Gespräche mit dem Minister mit dem Satz „Wir lassen uns nicht mehr verarschen“ abgelehnt haben sollen, frage ich die Landesregierung:

1. Ist der Einsatz von MOX-Brennelementen so gefährlich, dass die Landesregierung den Betrieb dieser Brennelemente im Kernkraftwerk Grohnde und an anderen Standorten untersagen wird?
2. Ist die Aussage des Ministers „Es muss alles getan werden, die Nutzung der Atomkraft zu unterbinden“ so zu verstehen, dass die deutschen und niedersächsischen Kernkraftwerke noch vor dem Ende der aktuell vorgesehenen Nutzungsdauer ihren Betrieb einstellen müssen?
3. Wie steht die heutige Landesregierung zu der in der Plenarsitzung vom 28. September 2012 vom damaligen Abgeordneten und heutigen Minister Meyer vorgetragenen Forderung, die MOX-Brennelemente wegen ihrer Gefahren nicht mehr in Atomkraftwerken einzusetzen, sondern direkt einzulagern?